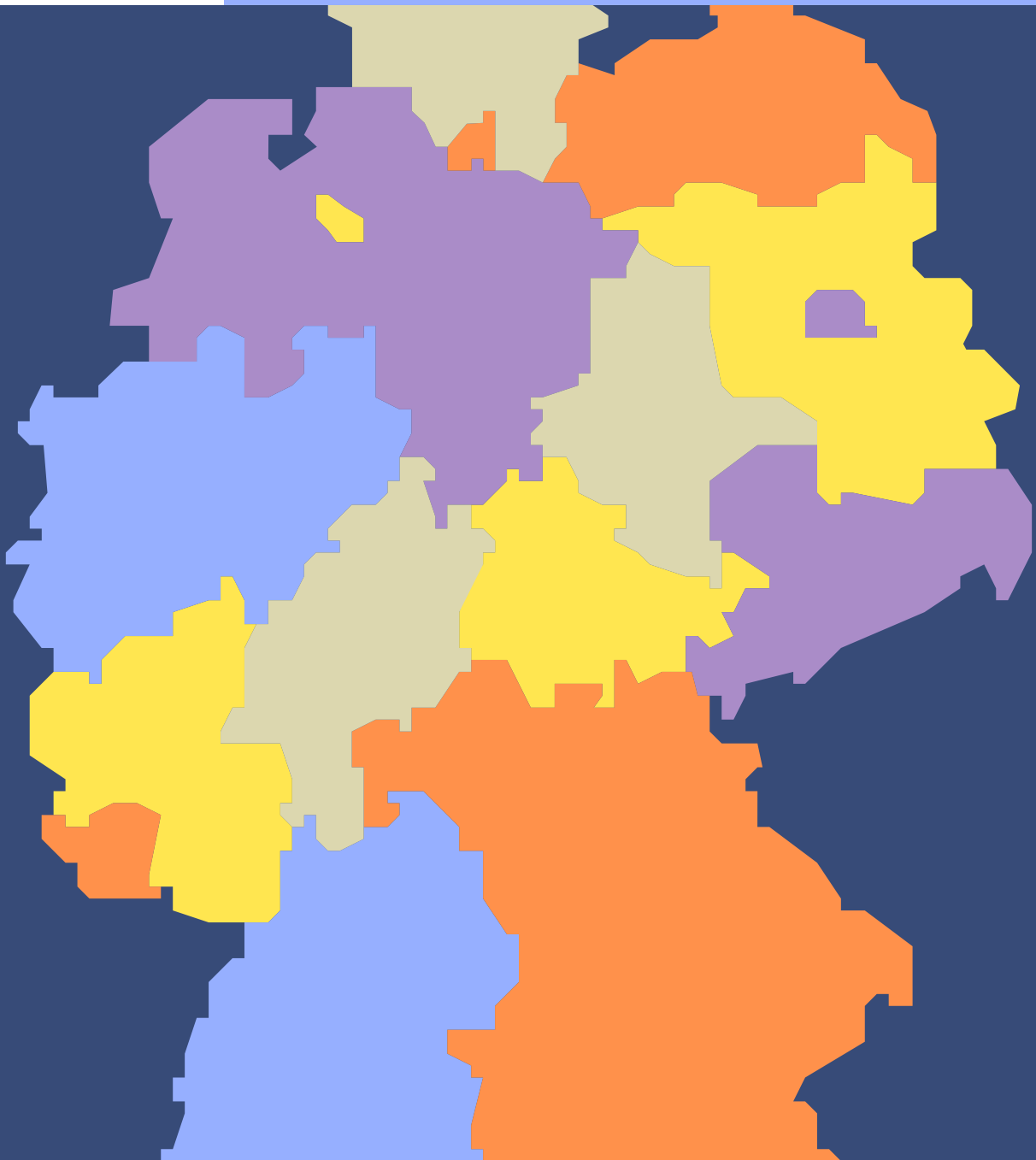


Bund-Länder- Finanzbeziehungen



Bundesministerium
der Finanzen

2023



Bund-Länder- Finanzbeziehungen auf der Grundlage der Finanzverfassung

2023

Inhaltsverzeichnis

1. Verteilung der staatlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern (Art. 30 GG)	5
1.1 Gesetzgebungskompetenzen	5
1.2 Verwaltungskompetenzen	6
2. Verteilung der Finanzierungslasten auf Bund und Länder	8
2.1 Grundsatz	8
2.2 Ausnahmen	8
2.2.1 Gemeinschaftsaufgaben	8
2.2.2 Finanzhilfen	9
2.2.3 Geldleistungsgesetze	11
2.2.4 Weitere besondere Lastentragungsregeln	12
2.3 Übersicht zu Bund-Länder – Mischfinanzierungstatbeständen	13
3. Das Steuersystem und die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	14
3.1 Kurzdarstellung des Steuerverteilungssystems	14
3.1.1 Vertikale Steuerverteilung	14
3.1.2 Horizontale Steuerverteilung	15
3.2 Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Gemeinden (2015–2022)	16
3.2.1 Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Gemeinden (2015–2022)	16
3.2.2 Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (2015–2022)	18
3.2.3 Anteile von Bund und Ländern (einschl. Gemeinden) am Gesamtsteueraufkommen (2015–2022)	20
3.2.4 Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen (2015–2022)	20
4. Finanzentwicklung der Länder 2012–2022	21
a) Gesamtausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)	22
b) Gesamtausgaben der Länder (Kernhaushalte)	23
c) Gesamtausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	24
d) Gesamtausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalte)	25
e) Personalausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)	26
f) Personalausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	27
g) Investitionsausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)	28
h) Investitionsausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	29
i) Zinsausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)	30

j)	Zinsausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	31
k)	Gesamteinnahmen der Länder (Kern- und Extrahaushalte)	32
l)	Gesamteinnahmen der Länder (Kernhaushalte)	33
m)	Gesamteinnahmen der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	34
n)	Gesamteinnahmen der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalte)	35
o)	Steuereinnahmen der Länder	36
p)	Steuereinnahmen der Länder (einschließlich Kommunen)	37
q)	Finanzierungssalden der Länderhaushalte (Kern- und Extrahaushalte)	38
r)	Finanzierungssalden der Länderhaushalte (Kernhaushalte)	39
s)	Finanzierungssalden der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	40
t)	Finanzierungssalden der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalte)	41
u)	Schulden der Länderhaushalte (Kern- und Extrahaushalte)	42
v)	Schulden der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)	43
5.	Der bundesstaatliche Finanzausgleich	44
5.1	Deckungsquotenberechnung nach Art. 106 Abs. 3 und 4 GG	44
5.2	Deckungsquoten von Bund und Ländern (einschl. Gemeinden) 2005–2022	45
5.3	Kurzdarstellung des geltenden Finanzausgleichssystems	45
5.3.1	Finanzkraftmesszahl	45
5.3.2	Ausgleichsmesszahl	46
5.3.3	Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	46
5.4	Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen	47
a)	Steuern der Länder nach dem Aufkommen – Länderanteile an Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie Einnahmen aus Landessteuern	48
b)	Länderanteile an der Umsatzsteuer	49
c)	Finanzkraft der Länder vor dem Finanzausgleich	49
d)	Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. Euro	50
e)	Finanzkraft der Länder nach dem Länderfinanzausgleich	50
f)	Bundesergänzungszuweisungen	51
g)	Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich und Fehlbetrags-/allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen	52
6.	Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände	53
6.1	Die Steuereinnahmen der Gemeinden	53
6.2	Gemeindehaushaltswesen im Überblick	54
6.3	Der kommunale Finanzausgleich	57
6.4	Entwicklung der Kommunalfinanzen 2013–2022 (ohne Stadtstaaten)	59
6.4.1	Eckdaten zur Entwicklung der Haushalte der Kommunen 2013–2022	59

6.4.2	Steuereinnahmen (insgesamt) der Kommunen	60
6.4.3	Gewerbesteuer und Grundsteuern der Kommunen, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	60
6.4.4	Zuweisungen der Länder an die Kommunen	61
6.4.5	Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Beiträgen	61
6.4.6	Personalausgaben der Kommunen	61
6.4.7	Laufender Sachaufwand der Kommunen	62
6.4.8	Zinsausgaben der Kommunen	62
6.4.9	Ausgaben der Kommunen für Sachinvestitionen	62
6.4.10	Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen	63
6.4.11	Verschuldung der Kommunen	63

1. Verteilung der staatlichen Aufgabe zwischen Bund und Ländern (Art. 30 GG)

Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben einschließlich der Gesetzgebung sowie der Ausführung der Gesetze ist nach der Verfassung (Artikel 30, 70, 83 GG) grundsätzlich Sache der Länder. Der Bund ist nur dann zur Aufgabenerfüllung befugt, wenn das Grundgesetz ihn hierzu ausdrücklich oder stillschweigend ermächtigt.

1.1 Gesetzgebungskompetenzen

Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes sind im Wesentlichen in Artikel 70 ff. GG und speziell für den Bereich der Steuern in Artikel 105 GG geregelt. Zu unterscheiden sind ausschließliche (Artikel 71, 73, 105 Absatz 1 GG) und konkurrierende Gesetzgebungskompetenzen (Artikel 72, 74, 105 Absatz 2 GG) des Bundes. Im Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung nur, wenn und soweit sie hierzu in einem Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt werden. Hingegen haben die Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch gemacht hat.

Die ausschließlichen Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes bestehen in überregional bedeutsamen Bereichen (z. B. Melde- und Ausweiswesen, Schutz des deutschen Kulturgutes, Waffen- und Sprengstoffrecht). Die ausschließlichen Länderkompetenzen in regionalbezogenen Regelungsfeldern (z. B. Strafvollzug, Versammlungsrecht, Beamtenbesoldung und -versorgung).

Insgesamt haben sich die Gesetzgebungszuständigkeiten in der Staatspraxis weitgehend auf den Bund verlagert. Grund hierfür ist vor allem die umfangreiche Inanspruchnahme des weitreichenden Katalogs der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Der Bundesgesetzgeber hat hier in der Vergangenheit – weitgehend in Übereinstimmung mit den Ländern oder auf deren Wunsch – wesentliche Regelungsmaterien zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet an sich gezogen.

Die Voraussetzungen für die Wahrnehmung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz durch den Bund wurden durch Grundgesetzänderung im Jahr 1994 in Form des Überganges von einer Bedürfnis- zu einer Erforderlichkeitsklausel verschärft. Gleichzeitig wurde die Befugnis geschaffen, durch Bundesgesetz zu bestimmen, dass eine bundesgesetzliche Regelung, für die eine Erforderlichkeit nicht mehr besteht, durch Landesrecht ersetzt werden kann (Artikel 72 Absatz 4 GG, Übergangsregelung in Artikel 125a Absatz 2 GG).

Die Wahrnehmung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen durch den Bund ist teilweise erleichtert, indem nur bestimmte Regelungsmaterien der Erforderlichkeitsprüfung untergeordnet werden (z. B. öffentliche Fürsorge, Recht der Wirtschaft, Straßenverkehr). Im Gegenzug haben die Länder die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen von Bundesgesetzen abzuweichen (z. B. Teilbereiche des Umweltrechts, Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse). Es sind daher drei Fallgruppen der konkurrierenden Gesetzgebungs-

kompetenz zu unterscheiden: erstens eine solche, die nicht der Erforderlichkeitsprüfung unterliegt, zweitens eine solche, die nicht der Erforderlichkeitsprüfung unterliegt, aber von einem Abweichungsrecht der Länder begleitet wird, und drittens eine solche, die der Erforderlichkeitsprüfung unterliegt.

Im Bereich des Finanzwesens besitzt der Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über die Zölle und Finanzmonopole (Artikel 105 Absatz 1 GG). Im Hinblick auf die übrigen Steuern hat der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz (Artikel 105 Absatz 2 GG), wenn ihm das Aufkommen dieser Steuern ganz oder zum Teil zusteht; wie beispielsweise bei den drei sog. Gemeinschaftsteuern, also Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer (Artikel 106 Absatz 3 Satz 1 GG). Alternativ kommt dem Bund auch dann die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz zu, wenn das Steuergesetz die Erforderlichkeitsvoraussetzungen gemäß Artikel 72 Absatz 2 GG erfüllt. Da die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die den Ländern zustehende Grundsteuer (Artikel 106 Absatz 2 Nr. 3 GG) in der Wissenschaft insoweit nicht einheitlich beurteilt wurde, ist dem Bund durch eine Änderung des Grundgesetzes im Jahr 2019 die konkurrierende Gesetzgebung über die Grundsteuer unabhängig von den Voraussetzungen des Artikels 72 Absatz 2 GG zugewiesen worden (Artikel 105 Absatz 2 Satz 1 GG). Zeitgleich wurde den Ländern über eine Ergänzung in Artikel 72 Absatz 3 GG die Möglichkeit zum Erlass abweichender landesgesetzlicher Regelungen eröffnet (Artikel 72 Absatz 3 Nr. 7 GG).

Da der Bund auch im Bereich der Steuern seine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz aus Gründen der Rechts- und Wirtschaftseinheit umfassend wahrgenommen hat, verbleiben den Ländern – einschließlich ihrer Gemeinden – im Wesentlichen Steuererhebungsmöglichkeiten in Form von örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern, die bundesgesetzlich geregelten Steuern nicht gleichartig sind (Artikel 105 Absatz 2a Satz 1 GG). Außerdem besitzen die Länder die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für die Kirchensteuer (Artikel 140 GG i.V.m. Artikel 137 Absatz 6 der Weimarer Reichsverfassung) und für die Bestimmung

des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer (Artikel 105 Absatz 2a Satz 2 GG). Den Gemeinden kommt das Recht zu, die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer festzulegen (Artikel 106 Absatz 6 Satz 2 GG).

Die Länder wirken durch den Bundesrat bei der Gesetzgebung des Bundes mit. Die stärkste Form der Mitwirkung ist gegeben, wenn ein Bundesgesetz nach den grundgesetzlichen Bestimmungen der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Im Bereich der Steuergesetzgebung ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, wenn das Steueraufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden zufließt (Artikel 105 Absatz 3 GG). Letzteres ist zum Beispiel bei der Grundsteuer und der Gewerbesteuer der Fall (Artikel 106 Absatz 6 Satz 1 GG).

1.2 Verwaltungskompetenzen

Auf der anderen Seite liegt die Zuständigkeit für den Vollzug der Gesetze wie auch für die gesetzesfreie Verwaltung überwiegend bei den Ländern. Dies gilt gerade auch für Bundesgesetze, welche die Länder grundsätzlich als eigene Angelegenheit ausführen (Artikel 83 GG). Ausnahmsweise führen die Länder die Gesetze im Auftrag des Bundes aus, wenn das Grundgesetz dies bestimmt (sog. obligatorische Bundesauftragsverwaltung, z. B. Steuern, die ganz oder zum Teil dem Bund zufließen, Artikel 108 Absatz 3 Satz 1 GG) oder zulässt (sog. fakultative Bundesauftragsverwaltung, z. B. Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung, Artikel 87d Absatz 2 GG). Im Unterschied zur Landeseigenverwaltung erstreckt sich die dem Bund bei der Auftragsverwaltung zustehende Bundesaufsicht nicht nur auf die Recht-, sondern auch auf die Zweckmäßigkeit der Ausführung (einerseits Artikel 84 Absatz 3 Satz 1 GG, andererseits Artikel 85 Absatz 4 Satz 1 GG).

Der Bund selbst führt Gesetze durch bundeseigene Verwaltung oder durch bundesunmittelbare Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts in den im Grundgesetz genannten Aufgabenfeldern aus. Auch insoweit kann zwischen obligatorischer (z. B. Auswärtiger Dienst, Artikel 87 Absatz 1 Satz 1 GG) und

fakultativer (z. B. Bundesgrenzschutzbehörden, Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 GG) Bundeseigenverwaltung unterschieden werden. Einen wichtigen Fall der fakultativen Bundeseigenverwaltung enthält auch Artikel 87 Absatz 3 Satz 1 GG, nach welchem für Angelegenheiten, für die dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zusteht, selbständige Bundesoberbehörden und neue bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts durch Bundesgesetz errichtet werden können. Zölle, Finanzmonopole, die bundesgesetzlich geregelten Verbrauchsteuern einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und sonstige auf motorisierte Verkehrsmittel bezogene Verkehrsteuern und die Abgaben im Rahmen der Europäischen Union werden durch Bundesfinanzbehörden, das heißt in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau, verwaltet (Artikel 108 Absatz 1 Satz 1, 87 Absatz 1 Satz 1 GG).

2. Verteilung der Finanzierungslasten auf Bund und Länder

2.1 Grundsatz

Nach der Verfassung hat jede staatliche Ebene ihre Aufgaben grundsätzlich selbst zu finanzieren. Die Ausgabenlast folgt der grundgesetzlich festgelegten Aufgabenlast im Sinne der Verwaltungskompetenz (Artikel 104a Absatz 1 GG, Prinzip der Vollzugskausalität). Der in dieser Lastenverteilungsregelung verankerte Grundsatz der Konnexität von Verwaltungskompetenz und Finanzierungskompetenz führt aufgrund der Regelzuständigkeit der Länder für den Vollzug der Gesetze zu einer Grundentscheidung für die Finanzierungszuständigkeit der Länder. Der Bund darf lediglich Aufgaben finanzieren, für die er nach dem Grundgesetz eine ausdrückliche oder ungeschriebene Verwaltungskompetenz besitzt. Bestätigt wird der Grundsatz, wonach die Finanzierungskompetenz der Verwaltungskompetenz folgt, durch die Vorgabe des Grundgesetzes, dass der Bund und die Länder die bei ihren Behörden entstehenden Verwaltungsausgaben zu tragen haben. Verwaltungsausgaben, das sind die Kosten des Verwaltungspersonals und der Verwaltungseinrichtungen, müssen danach von den Zweckausgaben, das sind die bei der Verwirklichung des Verwaltungszwecks entstehenden Kosten, unterschieden werden.

2.2 Ausnahmen

Der Grundsatz der strikten Trennung der Finanzierungsverantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern kennt jedoch Ausnahmen. So räumt das Grundgesetz dem Bund wegen seiner gesamtstaatlichen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung Kompetenzen zur Mitfinanzierung von Länderaufgaben ein. Diese Mischfinanzierungstatbestände

sind im Zuge der Föderalismusreformen 2006 und 2009 sowie der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2017 und weiterer Anpassungen in den Jahren 2015 und 2019 teilweise neu gestaltet und ergänzt worden.

2.2.1 Gemeinschaftsaufgaben

Für bestimmte Aufgabenbereiche der Länder, die für die Zukunftsentwicklung des Gesamtstaates von erheblicher Bedeutung sind, sieht die Verfassung die Beteiligung des Bundes an der Wahrnehmung und Finanzierung der Aufgabe vor, wenn dies zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Artikel 91a Absatz 1 GG, sog. Gemeinschaftsaufgaben). Die Mitwirkung erstreckt sich auf folgende im Grundgesetz abschließend aufgeführte Aufgabengebiete:

- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

In den Fällen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ trägt der Bund die Hälfte, in den Fällen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ mindestens die Hälfte der Ausgaben in jedem Land, wobei in den zuletzt genannten Fällen die Beteiligung für alle Länder einheitlich festzusetzen ist.

Die Einzelheiten der Koordinierung zwischen Bund und Ländern werden durch ein Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrates bedarf, näher bestimmt (Artikel 91a Absatz 2 GG). Im Rahmen der Koordinierung nimmt

der Bund durchaus Einfluss auf die Art und Weise der Aufgabenerfüllung in den Ländern.

Während die gemeinschaftliche Wahrnehmung der genannten Gemeinschaftsaufgaben bei Vorliegen ihrer Voraussetzungen zwingend ist, eröffnet die Verfassung die Möglichkeit für ein Zusammenwirken von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich und zum internationalen Vergleich des Bildungswesens (Artikel 91b GG).

Nach der 2015 in Kraft getretenen Neufassung von Artikel 91b Absatz 1 GG dürfen Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenwirken. Damit sind die grundgesetzlichen Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich erheblich erweitert worden. Diese lassen neben einer Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen nunmehr auch im Hochschulbereich eine langfristige Förderung auf der Grundlage von Bund-Länder-Vereinbarungen zu. Vereinbarungen, die im Schwerpunkt Hochschulen betreffen, bedürfen der Zustimmung aller Länder. Dies gilt nicht für Vereinbarungen über Forschungsbauten einschließlich Großgeräten.

Artikel 91b Absatz 2 GG ermöglicht es Bund und Ländern, zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen zusammenzuwirken.

Für ein Zusammenwirken in diesen Aufgabebereichen gilt sodann, dass die Kostentragung in der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern geregelt wird und damit von den Beteiligten verhandelt werden kann.

Im Zuge der Föderalismusreform 2009 ist die Verfassung ferner um zwei Vorschriften zur „Verwaltungszusammenarbeit“ von Bund und Ländern ergänzt worden.

Artikel 91c GG sieht vor, dass Bund und Länder im Bereich der für ihre Aufgabenerfüllung benötigten informationstechnischen Systeme zusammenwirken können, gemeinsame

Interoperabilitäts- und Sicherheitsstandards für die Verwaltung beschließen können und der Bund ein Bund-Länder-Verbindungsnetz errichtet und betreibt. Die damit einhergehenden Verbesserungen der öffentlichen Informationstechnik sollen dazu beitragen, die öffentliche Verwaltung in Zukunft schneller, effizienter und kostengünstiger zu machen. Die Einzelheiten hierzu werden grundsätzlich in einem zwischen Bund und Ländern in der Föderalismusreform-Kommission ausgehandelten Staatsvertrag geregelt; für das IT-Verbindungsnetz hingegen haben Bundestag und Bundesrat die näheren Einzelheiten durch ein mit der Föderalismusreform verabschiedetes IT-Netz-Gesetz geregelt. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2017 durch Aufnahme einer entsprechenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes die Voraussetzung für die Einrichtung eines verbindlichen, bundesweiten Portalverbunds geschaffen, über den Bürger und Unternehmen auf Online-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung von Bund und Ländern zugreifen können.

Mit der Vorschrift des Artikels 91d GG ist den Ländern und dem Bund die Möglichkeit eingeräumt, Vergleichsstudien zur Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltungen durchzuführen (sog. Benchmarking). Mit solchen Leistungsvergleichen soll die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt verbessert werden, indem zunächst Leistungen, Qualität und Kosten der verschiedenen Verwaltungen transparent gemacht werden, um Möglichkeiten zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung offen zu legen.

Mit dem 2010 eingefügten Artikel 91e GG wird die Aufgabenwahrnehmung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende durch die Arbeitsagenturen und Kommunen verfassungsrechtlich abgesichert.

2.2.2 Finanzhilfen

Die Verfassung eröffnet dem Bund zusätzlich die Möglichkeit, Mitfinanzierungen in Form von „Finanzhilfen“ zu leisten. Gemäß Artikel 104b Absatz 1 GG kann der Bund, soweit das Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleiht, den Ländern Finanzhilfen für beson-

ders bedeutsame Investitionen der Länder und der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände gewähren, die

- zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder
- zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder
- zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums

erforderlich sind. Die Förderung muss daher entweder auf Wachstumseffekte (1. Alternative) oder auf strukturelle Wirkungen als Basis für eine Wirtschaftsentwicklung innerhalb des regionalen Gebiets oder im ganzen Bundesgebiet (2. und 3. Alternative) abzielen. Zugleich muss es sich um gesamtstaatlich besonders bedeutsame Investitionen im Aufgabenbereich der Länder handeln. Eine Ausnahme von der Bindung an die Gesetzgebungskompetenz (Artikel 104b Absatz 1 Satz 1 GG) begründet die Vorschrift des Artikels 104b Absatz 1 Satz 2 GG. Durch diese Erweiterung der Befugnisse kann der Bund im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, auch ohne Gesetzgebungsbefugnisse Finanzhilfen gewähren.

Die Möglichkeiten des Bundes, die Länder in bestimmten politisch wichtigen Investitionsbereichen mit Finanzhilfen zu unterstützen, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes am 4. April 2019 erweitert worden.

Die im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Jahr 2017 mit Artikel 104c GG geschaffene Finanzhilfekompetenz, die es dem Bund ermöglicht, durch Finanzhilfen gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zu fördern, war zunächst auf finanzschwache Kommunen beschränkt. Diese Beschränkung ist nunmehr aufgehoben. Damit hat der Bund die Möglichkeit, auf der Grundlage von Artikel 104c GG entsprechende Investitionen flächendeckend zu unterstützen. Außerdem wurde

eine Zielvorgabe aufgenommen, wonach die Förderung des Bundes „zur Steigerung der Leistungsfähigkeit“ der kommunalen Bildungsinfrastruktur erfolgt. Zudem ist die Finanzhilfekompetenz auf besondere, mit den Investitionen unmittelbar verbundene, befristete Ausgaben erstreckt worden. Dies stellt eine Ausnahme dar; grundsätzlich kann der Bund mit Finanzhilfen nur Sachinvestitionen fördern. Die besonderen Ausgaben müssen für besondere nicht investive Maßnahmen anfallen, die zur Verwirklichung des Investitionszwecks erforderlich sind (denkbar z. B. Aufbau einer Systemadministration oder Schulung des pädagogischen Personals als förderfähige Ausgaben bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur). Mit einem Investitionsprogramm einhergehende Verwaltungskosten sowie allgemeine Folgekosten der Investition können jedoch auch bei Finanzhilfen nach Artikel 104c GG nicht gefördert werden. Die Erweiterungen des Artikels 104c GG ändern insgesamt nichts an der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung der Länder für das Bildungswesen als wesentlichem Bestandteil ihrer Kultushoheit.

Auf der Grundlage des neuen Artikels 104d GG kann der Bund den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gewähren. In der Gesetzesbegründung hat die Bundesregierung auf die Notwendigkeit hingewiesen, spürbaren Wohnungsengpässen und steigenden Mieten durch gezielte finanzielle Unterstützungen entgegenwirken zu können.

Diese Sonderregelungen weichen von der Grundregel des Artikel 104b GG ab, nach der Finanzhilfen nur in Bereichen zulässig sind, in denen der Bund eine Gesetzgebungsbefugnis hat. Die Gesetzgebungsbefugnis für den Bildungsbereich liegt bei den Ländern, für den sozialen Wohnungsbau steht dem Bund seit der Föderalismusreform I von 2006 keine Gesetzgebungsbefugnis mehr zu. Für diese Sondertatbestände finden ferner die in Artikel 104b Absatz 1 GG genannten Förderziele als Voraussetzung für die Gewährung der Finanzhilfen keine Anwendung.

Dem Bund ist es bei Finanzhilfen nach Artikel 104b, 104c und 104d GG verwehrt, die betreffende Investitionsmaßnahme vollständig zu finanzieren. Er darf lediglich einen Mitfinanzierungsanteil erbringen, da es sich bei den Investitionen um originäre Aufgaben der Länder handelt und Aufgaben und Ausgabenzuständigkeit, entsprechend der allgemeinen Lastenverteilung (siehe oben Ziff. 2.1) nicht vollständig auseinanderfallen sollen. Die verfassungsrechtlichen Neuregelungen sehen für nach dem 31. Dezember 2019 in Kraft getretene Regelungen zudem vor, dass die Finanzhilfen des Bundes zusätzlich zu den eigenen Mitteln der Länder bereitgestellt werden (vgl. Artikel 104b Absatz 2 Satz 5 GG). Hiermit wird das Anliegen des Bundestages, dass die Finanzhilfen des Bundes nicht lediglich die eigenen Investitionen der Länder ersetzen sollen, verfassungsrechtlich verankert. Finanzhilfen dürfen nur befristet gewährt werden und sind hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen, ferner sind im Zeitablauf fallende Jahresbeträge vorzusehen. Bei der Finanzhilfe für Investitionen in den sozialen Wohnungsbau wurde auf diese Vorgaben verzichtet (Artikel 104d GG). Damit wird es dem Bund verfassungsrechtlich ermöglicht, nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes mit Finanzhilfen zu einer langfristigen Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus beizutragen.

Darüber hinaus sind Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung der Maßnahmen und die erzielten Verbesserungen zu unterrichten, womit die Möglichkeit einer an dem jeweiligen Förderziel orientierten Erfolgskontrolle geschaffen wird.

Art, Umfang und Zweck der Finanzhilfen sind in einem Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, oder auf Grund des Bundeshaushaltsgesetzes durch Verwaltungsvereinbarung mit allen betroffenen Ländern festzulegen. Im Gesetz bzw. in der Verwaltungsvereinbarung müssen die für die Gewährung wesentlichen Voraussetzungen geregelt sein, insbesondere die Arten der zu fördernden Investitionen, die Bestimmung der Höhe des Bundesanteils und die Verteilung auf die Länder. Die etwaige Festlegung von Kriterien für die Ausgestaltung der Länderprogramme erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern.

Zur Gewährleistung der zweckentsprechenden Mittelverwendung kann die Bundesregierung Bericht und Vorlage der Akten verlangen und Erhebungen bei allen Behörden durchführen. Bei auf der Grundlage von Artikel 104c GG gewährten Finanzhilfen für Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur gelten auch mit Blick auf die Bildungshoheit der Länder nur eingeschränkte Kontrollrechte der Bundesregierung. In diesem Bereich kann die Bundesregierung insoweit lediglich Berichte und anlassbezogen die Vorlage von Akten verlangen (Artikel 104c Satz 3 GG). Erhebungen bei allen Behörden kann sie danach hier nicht vornehmen.

2.2.3 Geldleistungsgesetze

Eine weitere Ausnahme vom Lastenverteilungsgrundsatz gilt bei Bundesgesetzen, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden, den sog. Geldleistungsgesetzen (Artikel 104a Absatz 3 Satz 1 GG). Soweit der Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenzen Privaten, z. B. aus sozialen Gründen, gegenleistungsunabhängig Geldleistungen aus öffentlichen Mitteln gewährt, sieht die Verfassung die Möglichkeit vor, dass der Bund die damit verbundenen Ausgaben ganz oder teilweise trägt. Beispiele hierfür bilden:

- das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Beteiligungsverhältnis: 100 Prozent Bund),
- das Wohngeldgesetz (Beteiligungsverhältnis: 50 Prozent Bund, 50 Prozent Länder),
- das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Beteiligungsverhältnis: 100 Prozent Bund) und
- das Unterhaltsvorschussgesetz (Beteiligungsverhältnis: 40 Prozent Bund, 60 Prozent Länder).

2.2.4 Weitere besondere Lastenverteilungsregeln

Über die bisher genannten Bestimmungen hinaus kennt das Grundgesetz weitere Durchbrechungen des Lastenverteilungsgrundsatzes. Aus deren Kreis zu nennen ist etwa der Fall, dass die Länder Bundesgesetze im Auftrag des Bundes ausführen (sog. Bundesauftragsverwaltung). Hier trägt allein der Bund die

sich aus dem Gesetzesvollzug ergebenden Zweckausgaben (Artikel 104a Absatz 2 GG). Die Kostenlast des Bundes rechtfertigt sich aus den stärkeren Einwirkungsmöglichkeiten, die er bei der Bundesauftragsverwaltung gegenüber den Ländern hat.

Daneben trägt der Bund, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten (Artikel 120 Absatz 1 Satz 1 GG) sowie die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluss der Arbeitslosenversicherung (vgl. Artikel 120 Absatz 1 Satz 4 GG).

Die Lasten einer Verletzung von supranationalen oder völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands tragen hingegen Bund und Länder nach der innerstaatlichen Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung (Artikel 104a Absatz 6 GG). Insoweit gilt für die Frage der Lastenverteilung das Verursacherprinzip.

Kosten, die durch Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Union infolge der Verletzung der durch Artikel 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verordneten Haushaltsdisziplin entstehen, tragen Bund und Länder gemäß Artikel 109 Absatz 5 GG im Verhältnis 65 zu 35.

2.3 Übersicht zu Bund-Länder – Mischfinanzierungstatbeständen

	Bundeshaushalt	
	2022	2023
	Ist	Soll
	– in Mrd. Euro –*	
1. Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a GG	1,6	1,8
davon		
1.1 Regionale Wirtschaftsstruktur	0,6	0,7
1.2 Agrarstruktur und Küstenschutz	0,9	1,1
2. Zusammenwirken bei Forschungsförderung (Art. 91 b Abs. 1 GG)	11,7	12,1
davon		
2.1 Großforschungseinrichtungen	3,6	3,7
2.2 Andere Forschungseinrichtungen (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. – WGL –)	0,8	0,9
2.3 Sonstige Forschungsförderung	7,3	7,5
3. Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich (Art. 91 b Abs. 2 GG)	0,0	0,0
4. Geldleistungsgesetze (Art. 104a Abs. 3 GG)	32,6	37,3
davon		
4.1 BAföG**	2,1	2,7
4.2 Wohngeld	1,0	2,9
4.3 Elterngeld**	7,6	8,3
4.4 Unterhaltsvorschuss	1,0	1,2
4.5 Bundesbeteiligung an Leistungen für Unterkunft und Heizung	9,7	10,4
4.6 Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	8,6	9,1
4.7 Sonstiges	2,4	2,7
5. Finanzhilfen (Art. 104b, 104c und 104d GG)	2,6	4,6
davon		
5.1 Sozialer Wohnungsbau	0,6	1,3
5.2 Städtebauförderung	0,9	0,9
5.3 Schieneninfrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs	0,5	0,6
5.4 Sonstige Finanzhilfen	0,6	1,8

* Differenzen durch Rundung

** 100 Prozent Bundesleistung

Hinweis: Die zweckgebundenen Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder für die ab 2007 weggefallenen Finanzierungsanteile des Bundes nach Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes gehören nicht zur sog. Mischfinanzierung. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden die außerhalb des Bundeshaushalts geführten Sondervermögen des Bundes.

3. Das Steuersystem und die Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

3.1 Kurzdarstellung des Steuerverteilungssystems

3.1.1 Vertikale Steuerverteilung

Ertragshoheit nach Trennsystem (Artikel 106 GG):

Bundessteuern

(z. B. Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer), Versicherungssteuer, Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer)

Landessteuern

(z. B. Erbschaftsteuer, Biersteuer, Spielbankabgabe)

Gemeindesteuern

(z. B. Gewerbesteuer, Grundsteuer)

Ertragshoheit nach Verbundsystem (Gemeinschaftsteuern):

Einkommensteuer (einschl. Lohnsteuer):

Bund: 42,5 %;
Länder: 42,5 %;
Gemeinden: 15 %

(Artikel 106 Absatz 3 GG i.V.m. § 1 Gemeindefinanzreformgesetz)

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Bund: 44 %;
Länder: 44 %;
Gemeinden: 12 %

Körperschaftsteuer

Bund: 50 %;
Länder: 50 %

(Artikel 106 Absatz 3 GG)

Umsatzsteuer

1995

Bund: 56 %;
Länder: 44 %

2000

Bund: rd. 52,0 %;
Länder: rd. 45,9 %;
Gemeinden: rd. 2,1 %

2005

Bund: rd. 53,1 %;
Länder: rd. 44,8 %;
Gemeinden: rd. 2,1 %

2010

Bund: rd. 53,2 %;
Länder: rd. 44,8 %;
Gemeinden: rd. 2,0 %

2011

Bund: rd. 53,9 %,
Länder rd. 44,1 %,
Gemeinden rd. 2,0 %

2012

Bund: rd. 53,4 %,
Länder rd. 44,6 %,
Gemeinden rd. 2,0 %

2013

Bund: rd. 53,4 %,
Länder rd. 44,6 %,
Gemeinden rd. 2,0 %

2014

Bund: rd. 53,5 %,
Länder rd. 44,5 %,
Gemeinden rd. 2,0 %

2015

Bund: rd. 52,3 %,
Länder rd. 45,5 %,
Gemeinden rd. 2,2 %

2016

Bund: rd. 49,4 %,
Länder rd. 48,3 %,
Gemeinden rd. 2,2 %

2017

Bund: rd. 50,7 %,
Länder rd. 47,2 %,
Gemeinden rd. 2,7 %

2018

Bund: rd. 49,6 %,
Länder rd. 47,2 %,
Gemeinden rd. 3,2 %

2019

Bund: rd. 48,9 %,
Länder rd. 47,7 %,
Gemeinden rd. 3,4 %

2020

Bund: rd. 43,0 %,
Länder rd. 52,9 %,
Gemeinden rd. 4,1 %

2021

Bund: rd. 45,1 %,
Länder rd. 51,2 %,
Gemeinden rd. 3,7 %

2022

Bund: rd. 46,6 %,
Länder rd. 50,5 %,
Gemeinden rd. 2,8 %

(Artikel 106 Absatz 3 und 4 GG i. V. m. § 1 FAG)

3.1.2 Horizontale Steuerverteilung

- Grundsätzlich Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen
- bei Zerlegung der Lohnsteuer nach Wohnsitzprinzip
- bei Zerlegung der Körperschaftsteuer nach Betriebsstättenprinzip
- bei Zerlegung der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge auf Basis von Angaben der Banken zu den Wohnsitzländern bzw. Sitzländern der Steuerschuldner

(Artikel 107 Absatz 1 GG i. V. m. Zerlegungsgesetz)

Horizontale Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

- grundsätzlich nach Einwohnerzahl
- finanzschwache Länder erhalten einen um Zuschläge erhöhten, finanzstarke Länder einen um Abschläge verminderten Umsatzsteueranteil

3.2 Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Gemeinden (2015–2022)*

3.2.1 Kassenmäßige Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Gemeinden (2015–2022)*

Steuerart	2015		2016		2017	
	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ¹	178.890,5	26,6	184.826,1	26,2	195.523,7	26,6
veranlagte Einkommensteuer ²	48.580,4	7,2	53.833,0	7,6	59.428,2	8,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	17.944,8	2,7	19.451,6	2,8	20.918,1	2,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	8.258,8	1,2	5.939,6	0,8	7.333,1	1,0
Körperschaftsteuer ²	19.583,0	2,9	27.441,9	3,9	29.258,9	4,0
Steuern vom Umsatz	209.920,6	31,2	217.089,6	30,8	226.355,0	30,8
davon: Umsatzsteuer (MwSt.)	159.015,2	23,6	165.932,4	23,5	170.498,5	23,2
Einfuhrumsatzsteuer	50.905,4	7,6	51.157,2	7,2	55.856,5	7,6
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	483.178,1	71,8	508.581,9	72,1	538.817,0	73,4
Bundessteuern						
Energiesteuer	39.593,8	5,9	40.090,7	5,7	41.022,3	5,6
Stromsteuer	6.592,5	1,0	6.569,2	0,9	6.943,9	0,9
Tabaksteuer	14.920,9	2,2	14.186,1	2,0	14.398,8	2,0
Alkoholsteuer (bis 2017 Branntweinsteuer)	2.069,9	0,3	2.070,2	0,3	2.093,6	0,3
Schaumweinsteuer	429,1	0,1	400,6	0,1	367,9	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	14,4	0,0	15,2	0,0	16,6	0,0
Alkopopsteuer	2,2	0,0	1,3	0,0	2,0	0,0
Kaffeesteuer	1.031,5	0,2	1.039,8	0,1	1.057,4	0,1
Versicherungsteuer	12.419,5	1,8	12.763,2	1,8	13.269,3	1,8
Kraftfahrzeugsteuer ³	8.804,8	1,3	8.952,1	1,3	8.947,7	1,2
Luftverkehrssteuer	1.022,9	0,2	1.073,7	0,2	1.120,5	0,2
Kernbrennstoffsteuer	1.370,5	0,2	422,4	0,1	-7.261,9	-1,0
Ergänzungsabgabe/Solidaritätszuschlag	15.930,3	2,4	16.854,8	2,4	17.953,3	2,4
Pauschalierte Einfuhrabgabe	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
sonstige Bundessteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
Bundessteuern insgesamt	104.204,1	15,5	104.440,9	14,8	99.933,6	13,6
Ländersteuern						
Vermögensteuer	-1,3	0,0	-0,2	0,0	0,2	0,0
Erbschaftsteuer	6.289,8	0,9	7.006,5	1,0	6.113,7	0,8
Grunderwerbsteuer	11.248,7	1,7	12.408,1	1,8	13.139,2	1,8
Kraftfahrzeugsteuer ³	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	1.712,2	0,3	1.808,5	0,3	1.836,9	0,3
Feuerschutzsteuer	413,2	0,1	441,8	0,1	450,9	0,1
Biersteuer	676,4	0,1	677,8	0,1	664,2	0,1
Ländersteuern insgesamt	20.339,0	3,0	22.342,5	3,2	22.205,0	3,0
Gemeindesteuern						
Gewerbesteuer	45.737,4	6,8	50.097,0	7,1	52.872,0	7,2
Grundsteuer A	393,6	0,1	394,2	0,1	404,0	0,1
Grundsteuer B	12.821,1	1,9	13.259,9	1,9	13.561,4	1,8
Sonstige Gemeindesteuern	1.429,4	0,2	1.562,3	0,2	1.657,2	0,2
Gemeindesteuern insgesamt	60.381,4	9,0	65.313,3	9,3	68.494,7	9,3
Zölle						
Zölle (100 v.H.)	5.158,8	0,8	5.112,9	0,7	5.062,6	0,7
Steuern insgesamt	673.261,5	100,0	705.791,4	100,0	734.512,9	100,0

* Daten aus früheren Jahren sind unter folgendem Link abrufbar: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuereinnahmen/entwicklung-der-steuereinnahmen.html

2018		2019		2020		2021		2022	
Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt	Mio. Euro	v.H. der Steuer-einnahmen insgesamt
208.230,9	26,8	219.660,1	27,5	209.286,4	28,3	218.407,1	26,2	227.204,5	25,4
60.415,4	7,8	63.711,1	8,0	58.982,1	8,0	72.342,2	8,7	77.411,0	8,6
23.176,0	3,0	23.485,5	2,9	21.498,1	2,9	27.393,9	3,3	32.602,4	3,6
6.893,4	0,9	5.146,4	0,6	6.763,3	0,9	10.029,2	1,2	6.558,9	0,7
33.425,4	4,3	32.013,4	4,0	24.267,7	3,3	42.123,9	5,1	46.333,8	5,2
234.800,5	30,2	243.255,5	30,4	219.483,9	29,7	250.800,2	30,1	284.850,1	31,8
175.437,2	22,6	183.112,7	22,9	168.699,9	22,8	187.631,1	22,5	198.200,7	22,1
59.363,3	7,6	60.142,8	7,5	50.783,9	6,9	63.169,1	7,6	86.649,5	9,7
566.941,6	73,0	587.272,0	73,5	540.281,5	73,0	621.096,5	74,5	674.960,8	75,4
40.881,6	5,3	40.682,7	5,1	37.634,8	5,1	37.120,3	4,5	33.666,8	3,8
6.858,0	0,9	6.688,8	0,8	6.560,7	0,9	6.691,3	0,8	6.830,3	0,8
14.339,0	1,8	14.256,8	1,8	14.650,9	2,0	14.732,5	1,8	14.229,4	1,6
2.132,7	0,3	2.117,8	0,3	2.237,9	0,3	2.089,0	0,3	2.191,3	0,2
377,7	0,0	383,9	0,0	405,0	0,1	340,6	0,0	352,5	0,0
17,5	0,0	19,4	0,0	22,6	0,0	22,4	0,0	26,3	0,0
2,5	0,0	1,0	0,0	10,8	0,0	-5,3	0,0	2,4	0,0
1.036,6	0,1	1.060,3	0,1	1.060,3	0,1	1.058,4	0,1	1.062,5	0,1
13.778,8	1,8	14.135,9	1,8	14.553,4	2,0	14.979,9	1,8	15.671,9	1,7
9.047,0	1,2	9.372,3	1,2	9.526,4	1,3	9.546,4	1,1	9.498,9	1,1
1.186,8	0,2	1.182,2	0,1	292,1	0,0	565,8	0,1	1.139,8	0,1
-0,4	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
18.926,7	2,4	19.646,1	2,5	18.675,5	2,5	11.027,6	1,3	11.977,7	1,3
1,8	0,0	1,8	0,0	1,1	0,0	1,7	0,0	2,0	0,0
0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
108.586,3	14,0	109.548,5	13,7	105.631,6	14,3	98.170,7	11,8	96.651,9	10,8
-0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,2	0,0
6.813,1	0,9	6.986,9	0,9	8.599,8	1,2	9.824,4	1,2	9.226,1	1,0
14.083,0	1,8	15.788,6	2,0	16.055,2	2,2	18.334,7	2,2	17.121,9	1,9
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	x	x	x	x
1.894,0	0,2	1.974,8	0,2	2.043,8	0,3	2.332,8	0,3	2.569,5	0,3
467,1	0,1	482,0	0,1	509,7	0,1	536,6	0,1	580,0	0,1
655,3	0,1	617,4	0,1	566,5	0,1	584,4	0,1	600,2	0,1
23.912,5	3,1	25.849,6	3,2	27.774,9	3,8	31.612,9	3,8	30.097,4	3,4
55.852,4	7,2	55.419,5	6,9	45.295,0	6,1	61.103,4	7,3	70.243,6	7,8
405,4	0,1	406,8	0,1	409,8	0,1	411,7	0,0	413,1	0,0
13.797,3	1,8	14.032,4	1,8	14.266,0	1,9	14.573,6	1,7	14.868,8	1,7
1.710,3	0,2	1.694,5	0,2	1.342,1	0,2	1.098,2	0,1	1.651,1	0,2
71.765,5	9,2	71.553,1	9,0	61.313,0	8,3	77.186,9	9,3	87.176,6	9,7
5.057,1	0,7	5.085,0	0,6	4.733,7	0,6	5.122,3	0,6	6.828,8	0,8
776.262,9	100,0	799.308,3	100,0	739.734,6	100,0	833.189,2	100,0	895.715,5	100,0

1 Nach Abzug der Kindergelderstattung und der Altersvorsorgezulage durch das Bundeszentralamt für Steuern.

2 Nach Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern.

3 Seit 1.7.2009 Übergang der Verwaltungshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer von den Ländern auf den Bund.

3.2.2 Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (2015 bis 2022)*

Steuerart	2015		2016		2017	
	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.
Steuereinnahmen des Bundes						
Bundessteuern	104.204,1	2,4	104.440,9	0,2	99.933,6	-4,3
+ Bundesanteil an						
Lohnsteuer/veranlagter Einkommensteuer	96.675,1	6,5	101.430,1	4,9	108.354,6	6,8
nicht veranl. Steuern vom Ertrag/ Körperschaftsteuer	18.763,9	0,2	23.446,8	25,0	25.088,5	7,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3.633,9	5,7	2.613,4	-28,1	3.226,6	23,5
Steuern vom Umsatz ¹	109.693,6	1,0	107.328,6	-2,2	114.805,2	7,0
Gewerbsteuerumlage	1.657,5	3,4	1.755,0	5,9	1.940,8	10,6
- EU-MwSt-Eigenmittel	-4.201,3	4,7	-4.250,1	1,2	-2.362,2	-44,4
- EU-BNE-Eigenmittel	-21.577,8	-3,8	-19.910,5	-7,7	-14.257,6	-28,4
- Kunststoff-Eigenmittel	-	-	-	-	-	-
- Regionalisierungsmittel ÖPNV	-7.408,2	1,5	-8.200,0	10,7	-8.347,6	1,8
- Kompensation wegen Übertragung der Kfz-Steuer	-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0
- Bundesergänzungszuweisungen	-10.041,3	-6,0	-9.844,6	-2,0	-9.229,0	-6,3
- Konsolidierungshilfen	-800,0	0,0	-800,0	0,0	-800,0	0,0
Steuereinnahmen des Bundes	281.607,7	4,0	289.017,8	2,6	309.361,2	7,0
Steuereinnahmen der Länder						
Ländersteuern	20.339,0	15,9	22.342,5	9,9	22.205,0	-0,6
+ Länderanteil an						
Lohnsteuer/veranlagter Einkommensteuer	96.675,1	6,5	101.430,1	4,9	108.354,6	6,8
nicht veranl. Steuern vom Ertrag/ Körperschaftsteuer	18.763,9	0,2	23.446,8	25,0	25.088,5	7,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3.633,9	5,7	2.613,4	-28,1	3.226,6	23,5
Steuern vom Umsatz ²	95.537,0	5,6	104.928,1	9,8	105.531,8	0,6
Gewerbsteuerumlage	2.342,8	3,4	2.481,8	5,9	2.744,0	10,6
+ Regionalisierungsmittel ÖPNV	7.408,2	1,5	8.200,0	10,7	8.347,6	1,8
+ erhöhte Gewerbesteuerumlage	3.406,3	4,1	3.594,2	5,5	3.895,3	8,4
+ Kompensation wegen Übertragung der Kfz-Steuer	8.991,8	0,0	8.991,8	0,0	8.991,8	0,0
+ Bundesergänzungszuweisungen	10.041,3	-6,0	9.844,6	-2,0	9.229,0	-6,3
+ Konsolidierungshilfen	800,0	0,0	800,0	0,0	800,0	0,0
Steuereinnahmen der Länder³	267.939,4	5,4	288.673,2	7,7	298.414,1	3,4
Steuereinnahmen der Gemeinden						
Gemeindesteuern	14.644,0	4,9	15.216,3	3,9	15.622,7	2,7
+ Gemeindeanteil an						
Lohnsteuer/veranl. Einkommensteuer/ Abgeltungst.	35.111,7	6,5	36.511,6	4,0	39.122,8	7,2
Steuern vom Umsatz ¹	4.689,9	15,7	4.833,0	3,1	6.017,9	24,5
+ Gewerbesteuer	45.737,4	4,5	50.097,0	9,5	52.872,0	5,5
- Gewerbesteuerumlage	-4.000,4	3,4	-4.236,8	5,9	-4.684,8	10,6
- erhöhte Gewerbesteuerumlage	-3.406,3	4,1	-3.594,2	5,5	-3.895,3	8,4
Steuereinnahmen der Gemeinden	92.776,3	5,9	98.826,9	6,5	105.055,3	6,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	5.158,8	13,3	5.112,9	-0,9	5.062,6	-1,0
+ MwSt-Eigenmittel	4.201,3	4,7	4.250,1	1,2	2.362,2	-44,4
+ BNE-Eigenmittel	21.577,8	-3,8	19.910,5	-7,7	14.257,6	-28,4
+ Kunststoff-Eigenmittel	-	-	-	-	-	-
EU-Eigenmittel	30.938,0	-0,2	29.273,5	-5,4	21.682,3	-25,9
Steuereinnahmen insgesamt	673.261,5	4,6	705.791,4	4,8	734.512,9	4,1

* Daten aus früheren Jahren sind unter folgendem Link abrufbar: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/Steuereinnahmen/entwicklung-der-steuereinnahmen.html

1 Berechnet Bund vorab 5,63 v. H.; vom Rest Gemeinden jeweils vorab 2,2 v. H.; vom verbleibenden Rest Bund 2006 49,6 v. H. (zuzüglich Festbetrag), 2007 Bund vorab 3,89 v. H. für ALV, vom Rest Bund vorab 5,15 v. H. für RV, vom Rest Gemeinden vorab 2,2 v. H.; vom verbleibenden Rest Bund 49,68 v. H. zuzüglich Festbetrag; 2008 Bund vorab 4,42 % für ALV, vom Rest Bund vorab 5,05 % für RV, vom Rest vorab 2,2 % für Gemeinden, vom verbleibenden Rest Bund 49,70 % zuzüglich Festbetrag; ab 2009 Bund vorab 4,45 % für ALV, vom Rest Bund vorab 5,05 % für RV, vom Rest vorab 2,2 % für Gemeinden, vom verbleibenden Rest Bund 49,70 % zuzüglich Festbetrag.

2018		2019		2020		2021		2022	
Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.	Mio. Euro	Veränd. ggü. Vj. in v.H.
108.586,3	8,7	109.548,5	0,9	105.631,6	-3,6	98.170,7	-7,1	96.651,9	-1,5
114.174,7	5,4	120.432,8	5,5	114.014,1	-5,3	123.568,5	8,4	129.461,6	4,8
28.300,7	12,8	27.749,4	-1,9	22.882,9	-17,5	34.758,9	51,9	39.468,1	13,5
3.033,1	-6,0	2.264,4	-25,3	2.975,9	31,4	4.412,8	48,3	2.885,9	-34,6
116.512,7	1,5	118.944,3	2,1	94.391,5	-20,6	113.125,5	19,8	132.812,4	17,4
2.058,3	6,1	1.947,2	-5,4	1.573,7	-19,2	2.051,3	30,3	2.629,3	28,2
-2.384,7	1,0	-2.519,8	5,7	-2.472,8	-1,9	-4.416,3	78,6	-4.837,6	9,5
-21.146,9	48,3	-23.316,6	10,3	-25.615,6	9,9	-28.683,3	12,0	-25.573,7	-10,8
-	-	-	-	-	-	-	-	1.377,0	-
-8.497,9	1,8	-8.650,8	1,8	-11.456,5	32,4	-9.458,2	-17,4	-14.444,1	52,7
-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0	-8.991,8	0,0
-8.485,8	-8,1	-7.555,4	-11,0	-8.751,3	15,8	-10.070,7	15,1	-10.675,5	6,0
-800,0	0,0	-800,0	0,0	-1.066,7	33,3	-800,0	-25,0	-800,0	0,0
322.358,7	4,2	329.052,2	2,1	283.114,8	-14,0	313.667,4	10,8	337.209,5	7,5
23.912,5	7,7	25.849,6	8,1	27.774,9	7,4	31.612,9	13,8	30.097,4	-4,8
114.174,7	5,4	120.432,8	5,5	114.014,1	-5,3	123.568,5	8,4	129.461,6	4,8
28.300,7	12,8	27.749,4	-1,9	22.882,9	-17,5	34.758,9	51,9	39.468,1	13,5
3.033,1	-6,0	2.264,4	-25,3	2.975,9	31,4	4.412,8	48,3	2.885,9	-34,6
110.841,3	5,0	116.056,0	4,7	116.036,9	0,0	128.514,9	10,8	143.952,3	12,0
2.910,0	6,1	2.752,9	-5,4	2.224,9	-19,2	2.900,1	30,3	3.717,2	28,2
8.497,9	1,8	8.650,8	1,8	11.456,5	32,4	9.458,2	-17,4	14.444,1	52,7
4.110,0	5,5	3.414,2	-16,9	155,6	-95,4	-0,2	-100,2	0,8	-446,9
8.991,8	0,0	8.991,8	0,0	8.991,8	0,0	8.991,8	0,0	8.991,8	0,0
8.485,8	-8,1	7.555,4	-11,0	8.751,3	15,8	10.070,7	15,1	10.675,5	6,0
800,0	0,0	800,0	0,0	1.066,7	33,3	800,0	-25,0	800,0	0,0
314.057,7	5,2	324.517,3	3,3	316.331,4	-2,5	355.088,5	12,3	384.494,8	8,3
15.913,0	1,9	16.133,7	1,4	16.018,0	-0,7	16.083,5	0,4	16.933,0	5,3
41.124,1	5,1	43.123,3	4,9	41.051,9	-4,8	44.815,9	9,2	46.479,4	3,7
7.446,5	23,7	8.255,2	10,9	9.055,6	9,7	9.159,8	1,2	8.085,4	-11,7
55.852,4	5,6	55.419,5	-0,8	45.295,0	-18,3	61.103,4	34,9	70.243,6	15,0
-4.968,3	6,1	-4.700,0	-5,4	-3.798,6	-19,2	-4.951,4	30,3	-6.346,5	28,2
-4.110,0	5,5	-3.414,2	-16,9	-155,6	-95,4	0,2	-100,2	-0,8	-446,9
111.257,8	5,9	114.817,4	3,2	107.466,2	-6,4	126.211,5	17,4	135.394,1	7,3
5.057,1	-0,1	5.085,0	0,6	4.733,7	-6,9	5.122,3	8,2	6.828,8	33,3
2.384,7	1,0	2.519,8	5,7	2.472,8	-1,9	4.416,3	78,6	4.837,6	9,5
21.146,9	48,3	23.316,6	10,3	25.615,6	9,9	28.683,3	12,0	25.573,7	-10,8
-	-	-	-	-	-	-	-	1.377,0	-
28.588,7	31,9	30.921,4	8,2	32.822,1	6,1	38.221,8	16,5	38.617,1	1,0
776.262,9	5,7	799.308,3	3,0	739.734,6	-7,5	833.189,2	12,6	895.715,5	7,5

2 Berechnet Bund vorab 5,63 v. H.; vom Rest Gemeinden jeweils vorab 2,2 v. H.; vom verbleibenden Rest Länder 2006 50,4 v. H. (abzüglich Festbetrag), 2007 Bund vorab 3,89 v. H. für ALV, vom Rest Bund vorab 5,15 v. H. für RV, vom Rest Gemeinden vorab 2,2 v. H.; vom verbleibenden Rest Länder 50,32 v. H. abzüglich Festbetrag; 2008 Bund vorab 4,42 % für ALV, vom Rest Bund vorab 5,05 % für RV, vom Rest vorab 2,2 % für Gemeinden, vom verbleibenden Rest Länder 50,30 % abzüglich Festbetrag; ab 2009 Bund vorab 4,45 % für ALV, vom Rest Bund vorab 5,05 % für RV, vom Rest vorab 2,2 % für Gemeinden, vom verbleibenden Rest Länder 50,30 % abzüglich Festbetrag.

3 Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg).

3.2.3 Anteile von Bund und Ländern (einschl. Gemeinden) am Gesamtsteueraufkommen (2015 bis 2022)

Jahr	Steueraufkommen insgesamt	Anteil des Bundes am Gesamtsteueraufkommen		Anteil der Länder und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen	
	Mrd. Euro	Mrd. Euro	v.H.	Mrd. Euro	v.H.
2015	673,3	281,6	41,8	360,7	53,6
2016	705,8	289,0	40,9	387,5	54,9
2017	734,5	309,4	42,1	403,5	54,9
2018	776,3	322,4	41,5	425,3	54,8
2019	799,3	329,1	41,2	439,3	55,0
2020	739,7	283,1	38,3	423,8	57,3
2021	833,2	313,7	37,6	481,3	57,8
2022	895,7	337,2	37,6	519,9	58,0

3.2.4 Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen (2015 bis 2022)

Umsatzsteueraufkommen					
Jahr	Gesamt	Bund ¹	Länder ²	Gemeinden	
	Mrd. Euro		v.H.		
2015	209,9	52,3	45,5	2,2	
2016	217,1	49,4	48,3	2,2	
2017	226,4	50,7	46,6	2,7	
2018	234,8	49,6	47,2	3,2	
2019	243,3	48,9	47,7	3,4	
2020	219,5	43,0	52,9	4,1	
2021	250,8	45,1	51,2	3,7	
2022	284,9	46,6	50,5	2,8	

1 MWSt- und BNE-Eigenmittel der EU sowie (bis 1994) Ergänzungszuweisungen an Länder abgesetzt; ohne Zuweisungen von Ländern für Fonds „DE“.

2 Ergänzungszuweisungen (bis 1994) zugesetzt; Zuweisungen an Bund für Fonds „DE“ nicht abgesetzt.

4. Finanzentwicklung der Länder 2012 - 2022

Die nachfolgenden Tabellen liefern einen Überblick über die Haushaltsabschlüsse der Länder. Die Übersichten beginnen mit dem Jahr 2012 und enden mit dem letztverfügbaren Ist-Ergebnis (2022). Die Vergleichbarkeit unter den Ländern ist aufgrund unterschiedlicher Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen eingeschränkt. Deshalb werden zusätzlich zu den Länderhaushalten auch Finanzdaten der Länder einschließlich der Kommunen dargestellt. Zusätzlich muss bei einer Bewertung der Finanzdaten berücksichtigt werden, dass in den Ländern in unterschiedlichem Umfang Aufgaben durch freie Träger wahrgenommen werden. Auch das kann zu Verzerrungen bei Vergleichen zwischen den Ländern führen.

Die zunächst dargestellten Übersichten zu den Gesamtausgaben der Länder werden durch Tabellen zu den wichtigsten Ausgabenkategorien ergänzt. Dabei werden neben den Personalausgaben und den Investitionsausgaben auch die Zinsausgaben berücksichtigt. Es folgen Angaben zu den Gesamteinnahmen sowie zu den Steuereinnahmen auf Landesebene. Den Abschluss bilden Übersichten zu den Finanzierungssalden und Schuldenständen der Länder.

Um einzelne Länder unterschiedlicher Größe vergleichen zu können, werden die einzelnen Zeitreihen zusätzlich in Euro je Einwohner ausgewiesen.

a) Gesamtausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	Lzus [*]
2012	41.540	44.229	10.702	23.606	7.310	27.807	66.820	15.662	4.265	15.610	10.087	9.714	9.051	282.084	320.927
2013	43.377	47.257	10.604	24.068	7.224	28.126	66.061	15.987	4.100	16.862	10.093	10.014	9.113	288.513	326.237
2014	45.169	50.440	10.737	25.508	7.419	28.413	67.742	16.613	4.229	17.167	10.080	10.287	9.242	298.048	339.447
2015	46.947	52.351	11.308	26.457	7.637	30.119	71.071	17.277	4.234	17.386	10.637	11.332	9.433	311.043	354.809
2016	50.084	55.589	11.579	28.654	8.029	30.991	72.514	17.232	4.375	17.442	10.449	12.667	9.465	323.236	369.785
2017	51.316	57.527	11.947	29.770	7.625	32.054	77.156	17.839	4.614	18.458	10.788	13.507	9.476	335.634	382.886
2018	52.619	61.700	12.302	29.820	8.009	32.838	77.940	17.686	4.317	18.083	11.036	15.684	9.934	345.477	397.072
2019	53.808	69.361	14.217	31.128	8.781	34.305	79.686	18.301	4.940	19.837	11.433	13.904	10.336	363.885	416.815
2020	60.242	68.117	14.737	34.473	9.694	39.277	95.408	20.784	5.753	23.595	12.071	14.702	11.582	410.344	472.748
2021	61.997	72.382	15.555	36.626	10.053	41.620	96.762	21.881	6.037	22.428	12.672	16.102	12.529	426.526	499.374
2022	63.819	72.232	15.936	36.244	10.692	43.685	108.286	21.445	5.988	23.130	13.445	17.128	11.993	447.544	517.223

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	Lzus [*]
2012	3.941	3.545	4.368	3.932	4.560	3.572	3.809	3.926	4.283	3.858	4.450	3.465	4.161	3.777	3.992
2013	4.093	3.766	4.333	3.995	4.524	3.611	3.765	4.008	4.134	4.172	4.488	3.566	4.212	3.857	4.048
2014	4.232	3.992	4.381	4.206	4.645	3.636	3.851	4.153	4.274	4.243	4.504	3.647	4.285	3.970	4.195
2015	4.356	4.108	4.588	4.326	4.772	3.832	4.019	4.296	4.280	4.287	4.767	3.989	4.377	4.118	4.356
2016	4.584	4.314	4.655	4.639	4.990	3.899	4.057	4.242	4.385	4.277	4.666	4.403	4.380	4.235	4.490
2017	4.670	4.433	4.783	4.779	4.734	4.026	4.312	4.383	4.635	4.527	4.838	4.679	4.400	4.383	4.632
2018	4.762	4.732	4.908	4.771	4.976	4.116	4.351	4.337	4.351	4.437	4.985	5.421	4.630	4.501	4.791
2019	4.853	5.296	5.650	4.960	5.457	4.293	4.444	4.475	4.998	4.871	5.196	4.795	4.836	4.732	5.017
2020	5.426	5.190	5.837	5.482	6.023	4.912	5.321	5.078	5.842	5.807	5.520	5.058	5.449	5.334	5.687
2021	5.580	5.502	6.143	5.831	6.241	5.193	5.404	5.335	6.140	5.545	5.833	5.524	5.931	5.544	6.007
2022	5.680	5.418	6.211	5.689	6.570	5.383	5.990	5.167	6.033	5.669	6.150	5.814	5.651	5.753	6.152

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1.331 €/Einwohner).

3 Im Jahr 2022: Bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen dem Sondervermögen „Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“ und dem Kernhaushalt.

b) Gesamtausgaben der Länder (Kernhaushalte)

Jahr	in Mio. Euro																		Lzus*
	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	
2012	39.047	43.879	10.066	22.242	7.124	26.551	58.408	14.492	3.964	16.022	9.868	9.299	8.813	265.097	21.892	4.675	11.753	38.104	299.382
2013	40.847	46.846	10.082	22.727	7.044	26.659	60.078	14.631	3.915	17.184	9.937	9.645	8.970	273.721	22.269	4.849	12.019	38.907	308.768
2014	42.472	50.224	10.174	23.910	7.169	27.359	62.334	15.252	3.920	17.488	9.979	9.867	8.977	283.602	22.965	5.096	11.900	39.774	319.387
2015	44.050	51.966	10.527	24.738	7.402	28.049	65.635	15.852	3.986	18.193	10.369	10.563	9.106	294.737	24.507	5.100	12.628	42.009	332.709
2016	47.483	55.178	10.778	26.609	7.546	29.155	68.398	16.019	4.119	17.395	10.348	11.160	9.181	306.982	26.147	5.271	13.470	44.695	347.283
2017	48.173	56.938	11.114	27.827	7.387	29.917	73.025	16.430	4.277	17.585	10.704	12.099	9.171	317.371	26.691	5.508	13.532	45.457	357.727
2018	50.831	59.699	11.551	28.071	8.124	30.675	74.503	16.421	4.309	19.016	10.836	14.413	9.770	331.060	27.819	5.680	16.774	50.029	375.915
2019	52.048	64.853	13.380	28.724	8.571	32.490	76.903	17.211	4.487	19.436	11.398	13.598	10.027	346.251	29.048	5.876	15.511	50.140	391.442
2020	59.923	68.755	14.315	33.342	12.380	41.381	105.332	20.330	5.018	22.227	12.355	15.133	11.623	421.275	32.902	6.592	16.871	56.245	477.385
2021	61.019	72.121	14.760	34.634	10.551	41.327	101.281	20.687	5.160	21.514	14.916	15.728	11.789	424.652	36.019	7.408	19.701	62.904	487.554
2022	61.206	71.685	14.941	34.081	10.756	38.971	108.273	20.522	4.378	21.406	13.000	17.423	12.002	431.360	36.672	7.455	18.275	62.170	493.531

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	BE	HB	HH ²	STST [*]	Lzus [*]
2012	3.704	3.517	4.108	3.705	4.444	3.411	3.329	3.633	3.980	3.960	4.354	3.316	4.052	3.550	6.544	7.169	6.816	6.660	3.724
2013	3.854	3.733	4.119	3.772	4.411	3.423	3.424	3.668	3.947	4.252	4.418	3.435	4.146	3.660	6.561	7.408	6.897	6.718	3.832
2014	3.980	3.975	4.151	3.942	4.488	3.502	3.543	3.812	3.962	4.323	4.459	3.498	4.163	3.777	6.674	7.745	6.804	6.801	3.947
2015	4.087	4.078	4.271	4.045	4.625	3.568	3.712	3.942	4.029	4.486	4.648	3.718	4.226	3.902	7.032	7.685	7.134	7.098	4.084
2016	4.346	4.282	4.333	4.307	4.690	3.668	3.826	3.943	4.128	4.265	4.621	3.879	4.249	4.022	7.363	7.795	7.489	7.417	4.217
2017	4.384	4.388	4.449	4.467	4.586	3.757	4.081	4.037	4.296	4.313	4.800	4.191	4.258	4.145	7.431	8.111	7.431	7.462	4.327
2018	4.600	4.579	4.608	4.491	5.047	3.845	4.159	4.027	4.343	4.666	4.895	4.982	4.554	4.314	7.674	8.346	9.145	8.148	4.535
2019	4.694	4.952	5.318	4.577	5.327	4.066	4.289	4.209	4.540	4.772	5.180	4.689	4.692	4.503	7.952	8.601	8.415	8.115	4.712
2020	5.398	5.239	5.670	5.302	7.693	5.175	5.874	4.967	5.095	5.470	5.650	5.207	5.468	5.476	8.983	9.700	9.143	9.090	5.743
2021	5.492	5.482	5.829	5.514	6.550	5.156	5.656	5.044	5.248	5.319	6.866	5.396	5.580	5.519	9.830	10.971	10.648	10.163	5.865
2022	5.447	5.377	5.823	5.349	6.609	4.802	5.989	4.944	4.426	5.247	5.946	5.914	5.655	5.545	9.843	10.962	9.746	9.898	5.870

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

3 Im Jahr 2022: Bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen dem Sondervermögen „Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“ und dem Kernhaushalt.

c) Gesamtausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	57.039	66.309	15.976	38.409	10.374	42.773	110.428	22.591	6.141	23.438	14.653	15.359	12.213	411.014	21.892	4.675	11.753	38.104	478.680
2013	60.611	70.498	15.917	38.821	10.093	43.707	110.442	23.233	6.055	24.957	14.218	15.871	12.707	425.468	22.269	4.849	12.019	38.907	488.625
2014	63.619	74.531	16.401	40.468	10.553	45.184	114.404	24.322	6.300	26.499	14.665	16.665	12.729	441.916	22.965	5.096	11.900	39.774	512.149
2015	66.980	78.454	17.149	41.832	10.812	47.046	120.276	25.346	6.424	25.982	15.447	17.895	12.822	457.539	24.507	5.100	12.628	42.009	534.501
2016	70.693	81.996	17.568	44.825	11.506	49.291	124.474	25.865	6.576	26.038	15.505	19.745	13.132	477.607	26.147	5.271	13.470	44.695	558.077
2017	72.326	84.753	18.302	45.468	11.051	50.687	130.919	26.532	6.739	27.666	16.043	20.575	13.173	491.483	26.691	5.508	13.532	45.457	576.500
2018	73.651	91.405	18.982	47.587	11.691	53.202	133.842	26.874	6.520	27.730	16.461	23.160	13.826	513.697	27.819	5.680	16.774	50.029	601.367
2019	77.748	100.739	21.338	49.847	12.737	55.553	138.849	28.083	7.284	30.116	17.030	22.007	14.283	539.936	29.048	5.876	15.511	50.140	633.723
2020	85.800	104.238	21.297	54.357	13.263	59.057	154.112	29.933	8.151	33.546	17.817	22.358	15.400	611.208	32.902	6.592	16.871	56.245	682.110
2021	87.288	109.506	22.506	57.065	13.938	62.090	155.756	31.186	8.454	32.122	18.613	24.946	15.687	619.001	36.019	7.408	19.701	62.904	713.169
2022	92.465	110.260	23.569	57.764	14.907	65.787	171.099	31.811	8.584	33.691	19.807	26.263	16.248	636.666	36.672	7.455	18.275	62.170	746.031

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	5.411	5.315	6.520	6.398	6.472	5.494	6.295	5.663	6.167	5.793	6.465	5.478	5.615	5.504	6.544	7.169	6.816	6.660	5.954
2013	5.719	5.618	6.504	6.443	6.320	5.611	6.294	5.825	6.105	6.175	6.322	5.652	5.873	5.689	6.561	7.408	6.897	6.718	6.063
2014	5.961	5.898	6.691	6.673	6.607	5.783	6.503	6.079	6.367	6.550	6.566	5.908	5.902	5.886	6.674	7.745	6.804	6.801	6.329
2015	6.215	6.156	6.958	6.840	6.755	5.985	6.802	6.303	6.493	6.406	6.924	6.299	5.950	6.057	7.032	7.685	7.134	7.098	6.562
2016	6.471	6.364	7.062	7.256	7.151	6.201	6.963	6.367	6.591	6.384	6.923	6.863	6.077	6.258	7.363	7.795	7.489	7.417	6.777
2017	6.581	6.531	7.327	7.299	6.861	6.366	7.316	6.519	6.769	6.785	7.195	7.127	6.117	6.418	7.431	8.111	7.431	7.462	6.974
2018	6.665	7.010	7.573	7.613	7.263	6.668	7.471	6.590	6.572	6.805	7.435	8.005	6.444	6.693	7.674	8.346	9.145	8.148	7.255
2019	7.012	7.692	8.480	7.943	7.915	6.952	7.744	6.867	7.371	7.395	7.740	7.589	6.683	7.022	7.952	8.601	8.415	8.115	7.629
2020	7.728	7.943	8.435	8.644	8.241	7.386	8.594	7.314	8.276	8.256	8.148	7.693	7.246	7.944	8.983	9.700	9.143	9.090	8.206
2021	7.856	8.324	8.888	9.085	8.652	7.746	8.699	7.604	8.597	7.941	8.567	8.558	7.425	8.045	9.830	10.971	10.648	10.163	8.579
2022	8.229	8.271	9.186	9.066	9.160	8.107	9.465	7.664	8.678	8.257	9.060	8.915	7.656	8.183	9.843	10.962	9.746	9.988	8.873

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1.331 €/Einwohner).

3 Im Jahr 2022: Bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen dem Sondervermögen „Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“ und dem Kernhaushalt.

d) Gesamtausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalt)

Jahr	in Mio. Euro																		Lzus*
	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	
2012	53.761	65.617	15.002	35.555	10.142	41.327	99.056	21.309	5.789	22.899	13.646	14.700	12.213	411.014	21.892	4.675	11.753	38.104	449.067
2013	57.220	69.844	15.110	35.896	9.895	42.103	101.858	21.728	5.843	24.209	13.743	15.311	12.707	425.468	22.269	4.849	12.019	38.907	464.312
2014	60.024	73.500	15.466	36.990	10.120	43.717	106.092	22.607	5.857	24.963	13.929	15.921	12.729	441.916	22.965	5.096	11.900	39.774	481.606
2015	62.784	76.839	15.861	38.124	10.285	44.326	110.315	23.473	5.990	26.075	14.149	16.766	12.822	457.539	24.507	5.100	12.628	42.009	499.458
2016	66.786	80.446	16.308	40.934	10.448	46.734	115.239	24.132	6.160	25.541	14.335	17.859	13.132	477.607	26.147	5.271	13.470	44.695	522.179
2017	67.812	82.877	16.923	41.734	10.341	47.731	121.316	24.529	6.286	25.788	14.788	18.757	13.173	491.483	26.691	5.508	13.532	45.457	536.847
2018	70.523	88.115	17.697	43.433	11.312	49.837	124.327	24.990	6.393	27.430	15.114	21.495	13.826	513.697	27.819	5.680	16.774	50.029	563.672
2019	74.529	95.125	19.885	45.187	11.907	52.332	128.929	26.262	6.652	28.428	15.852	21.200	14.283	539.936	29.048	5.876	15.511	50.140	590.027
2020	84.145	103.173	20.305	50.979	15.600	59.717	155.956	28.657	7.244	30.970	16.926	22.136	15.400	611.208	32.902	6.592	16.871	56.245	667.267
2021	84.805	107.255	21.057	52.690	13.988	60.101	152.853	29.389	7.359	30.263	19.656	23.900	15.687	619.001	36.019	7.408	19.701	62.904	392.730
2022	86.791	107.377	21.838	52.947	14.481	58.976	162.754	29.981	6.692	30.893	18.040	25.995	16.248	636.666	36.672	7.455	18.275	62.170	642.540

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	BE	HB	HH ²	STST [*]	Lzus [*]
2012	5.100	5.259	6.123	5.923	6.327	5.309	5.647	5.342	5.814	5.660	6.021	5.243	5.615	5.504	6.544	7.169	6.816	6.660	5.585
2013	5.399	5.566	6.174	5.958	6.197	5.405	5.805	5.447	5.892	5.990	6.111	5.452	5.873	5.689	6.561	7.408	6.897	6.718	5.762
2014	5.624	5.817	6.310	6.099	6.336	5.595	6.031	5.651	5.919	6.170	6.224	5.644	5.902	5.886	6.674	7.745	6.804	6.801	5.951
2015	5.825	6.029	6.436	6.233	6.426	5.639	6.238	5.837	6.055	6.429	6.342	5.902	6.077	6.057	7.032	7.685	7.134	7.098	6.131
2016	6.113	6.243	6.556	6.626	6.494	5.880	6.447	5.941	6.174	6.263	6.401	6.208	6.077	6.258	7.363	7.795	7.489	7.417	6.341
2017	6.171	6.387	6.775	6.700	6.420	5.994	6.780	6.027	6.314	6.324	6.632	6.497	6.117	6.418	7.431	8.111	7.431	7.462	6.494
2018	6.382	6.758	7.060	6.949	7.028	6.246	6.940	6.128	6.443	6.731	6.827	7.430	6.444	6.693	7.674	8.346	9.145	8.148	6.800
2019	6.722	7.263	7.903	7.200	7.400	6.549	7.191	6.422	6.731	6.980	7.205	7.311	6.683	7.022	7.952	8.601	8.415	8.115	7.103
2020	7.579	7.862	8.042	8.106	9.693	7.468	8.697	7.002	7.355	7.622	7.740	7.617	7.246	7.944	8.983	9.700	9.143	9.090	8.027
2021	7.633	8.153	8.315	8.388	8.683	7.498	8.537	7.166	7.484	7.481	9.047	8.200	7.425	8.045	9.830	10.971	10.648	10.163	4.724
2022	7.724	8.055	8.511	8.310	8.898	7.268	9.003	7.223	6.765	7.572	8.252	8.824	7.656	8.183	9.843	10.962	9.746	9.898	7.642

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

3 Im Jahr 2022: Bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen dem Sondervermögen „Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“ und dem Kernhaushalt.

e) Personalausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro														
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*
2012	15.903	18.038	2.861	9.552	2.098	11.596	25.001	6.193	1.658	4.909	2.831	3.861	2.785	107.286
2013	16.229	18.981	2.911	9.923	2.139	12.030	25.619	6.274	1.697	5.062	2.843	3.867	2.842	110.415
2014	16.823	19.801	3.031	10.388	2.187	12.430	26.620	6.470	1.749	5.296	2.931	4.099	2.949	114.773
2015	17.620	20.352	3.211	10.524	2.323	12.871	27.238	6.623	1.800	5.402	3.005	4.328	2.992	118.289
2016	18.111	21.060	3.289	10.717	2.360	13.212	28.161	6.837	1.848	5.662	3.077	4.468	3.071	121.874
2017	18.850	21.958	3.503	11.042	2.399	13.815	29.288	7.083	1.895	5.783	3.091	4.700	3.171	126.579
2018	19.623	22.704	3.685	11.614	2.483	14.312	30.594	7.303	1.951	6.174	3.204	4.908	3.242	131.796
2019	20.752	23.784	3.852	12.154	2.569	14.962	31.992	7.747	2.018	6.390	3.302	5.127	3.397	138.044
2020	21.446	24.855	4.052	12.743	2.675	15.600	33.649	8.154	2.095	6.663	3.427	5.330	3.540	144.229
2021	21.894	25.669	4.179	13.268	2.746	16.049	34.275	8.411	2.149	6.879	3.633	5.511	3.731	148.394
2022	22.594	26.660	4.384	13.758	2.836	16.719	36.071	8.644	2.210	7.144	3.632	5.738	3.849	154.240

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*
2012	1.509	1.446	1.168	1.591	1.309	1.490	1.425	1.552	1.665	1.213	1.249	1.377	1.281	1.437
2013	1.531	1.513	1.189	1.647	1.340	1.544	1.460	1.573	1.711	1.252	1.264	1.377	1.313	1.476
2014	1.576	1.567	1.237	1.713	1.369	1.591	1.513	1.617	1.768	1.309	1.309	1.453	1.368	1.529
2015	1.635	1.597	1.303	1.721	1.451	1.637	1.540	1.647	1.820	1.332	1.347	1.523	1.388	1.566
2016	1.658	1.634	1.322	1.735	1.467	1.662	1.575	1.683	1.852	1.388	1.374	1.537	1.421	1.597
2017	1.715	1.692	1.402	1.773	1.489	1.735	1.637	1.740	1.904	1.418	1.386	1.628	1.473	1.653
2018	1.776	1.741	1.470	1.858	1.542	1.794	1.708	1.791	1.966	1.515	1.447	1.696	1.511	1.717
2019	1.872	1.816	1.531	1.937	1.597	1.872	1.784	1.894	2.042	1.569	1.500	1.768	1.589	1.795
2020	1.932	1.894	1.605	2.026	1.662	1.951	1.876	1.992	2.127	1.640	1.567	1.834	1.665	1.875
2021	1.971	1.951	1.650	2.112	1.705	2.002	1.914	2.051	2.185	1.701	1.672	1.891	1.766	1.929
2022	2.011	2.000	1.709	2.159	1.743	2.060	1.995	2.083	2.234	1.751	1.661	1.948	1.813	1.983

Personalausgabenquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*
2012	38,3	40,8	26,7	40,5	28,7	41,7	37,4	39,5	38,9	31,4	28,1	39,7	30,8	38,0
2013	37,4	40,2	27,4	41,2	29,6	42,8	38,8	39,2	41,4	30,0	28,2	38,6	31,2	38,3
2014	37,2	39,3	28,2	40,7	29,5	43,7	39,3	38,9	41,4	30,9	29,1	39,8	31,9	38,5
2015	37,5	38,9	28,4	39,8	30,4	42,7	38,3	38,3	42,5	31,1	28,3	38,2	31,7	38,0
2016	36,2	37,9	28,4	37,4	29,4	42,6	38,8	39,7	42,2	32,5	29,5	35,3	32,4	37,7
2017	36,7	38,2	29,3	37,1	31,5	43,1	38,0	39,7	41,1	31,3	28,7	34,8	33,5	37,7
2018	37,3	36,8	30,0	38,9	31,0	43,6	39,3	41,3	45,2	34,1	29,0	31,3	32,6	38,1
2019	38,6	34,3	27,1	39,0	29,3	43,6	40,1	42,3	40,8	32,2	28,9	36,9	32,9	37,9
2020	35,6	36,5	27,5	37,0	27,6	39,7	35,3	39,2	36,4	28,2	28,4	36,3	30,6	35,1
2021	35,3	35,5	26,9	36,2	27,3	38,6	35,4	38,4	35,6	30,7	28,7	34,2	29,8	34,8
2022	35,4	36,9	27,5	38,0	26,5	38,3	33,3	40,3	22,9	30,9	27,0	33,5	32,1	34,5

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

in Mio. Euro

in Euro je Einwohner

Personalausgabenquote in v. H.

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

h) Investitionsausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FL ²	Lzus*
2012	7.358	10.364	1.987	4.794	1.139	4.310	10.114	2.897	777	3.858	1.587	1.524	1.546	45.187	56.724
2013	9.140	11.402	1.852	4.104	1.048	3.944	10.513	2.604	505	4.105	1.491	1.641	1.585	46.203	57.286
2014	10.056	11.649	1.913	4.220	1.247	4.477	10.855	2.663	845	4.448	1.457	1.541	1.433	47.967	61.186
2015	10.725	12.450	2.013	4.015	1.158	4.275	11.942	2.648	497	4.390	1.429	1.752	1.399	49.010	62.962
2016	11.394	12.141	1.924	4.228	1.678	4.265	10.589	2.149	346	3.996	1.411	2.659	1.411	50.355	63.541
2017	11.834	12.904	2.019	4.326	1.571	4.246	11.052	2.248	608	4.392	1.401	2.588	1.349	50.808	66.411
2018	10.513	14.450	2.048	4.721	2.121	4.731	11.272	2.157	234	4.292	1.555	5.132	1.685	59.381	73.168
2019	11.803	19.499	3.410	5.607	2.694	5.243	13.841	2.526	517	4.696	1.934	2.496	1.786	66.079	83.484
2020	14.650	17.968	2.467	6.271	1.895	6.266	17.685	3.017	803	5.971	1.936	2.311	1.973	74.068	88.732
2021	12.746	17.749	3.008	5.949	1.920	6.791	15.283	2.783	802	4.840	1.981	3.062	2.029	71.148	88.787
2022	14.714	18.783	3.157	6.557	2.270	7.568	22.593	2.970	775	5.088	2.462	3.546	2.042	82.159	103.125

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FL ²	Lzus*
2012	698	831	811	799	710	554	577	726	780	954	700	544	711	605	706
2013	862	909	757	681	656	506	599	653	509	1.016	663	584	732	618	711
2014	942	922	780	696	780	573	617	666	854	1.100	651	546	665	639	756
2015	995	977	817	656	723	544	675	659	502	1.082	640	617	649	649	773
2016	1.043	942	773	684	1.043	537	592	529	347	980	559	924	653	660	772
2017	1.077	994	808	694	975	533	618	552	610	1.079	628	896	627	664	803
2018	951	1.108	817	755	1.318	593	629	529	236	1.053	703	1.774	785	774	883
2019	1.064	1.489	1.355	893	1.674	656	772	618	524	1.153	879	861	836	859	1.005
2020	1.320	1.369	977	997	1.178	784	986	737	815	1.469	885	795	928	963	1.067
2021	1.147	1.349	1.188	947	1.192	847	854	678	815	1.197	912	1.050	960	925	1.068
2022	1.310	1.409	1.230	1.029	1.395	933	1.250	715	784	1.247	1.126	1.204	962	1.056	1.227

Investitionsquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL ³	SN	ST	SH ¹	TH	FL ²	Lzus*
2012	12,9	15,6	12,4	12,5	11,0	10,1	9,2	12,8	12,6	16,5	10,8	9,9	12,7	11,0	11,9
2013	15,1	16,2	11,6	10,6	10,4	9,0	9,5	11,2	8,3	16,5	10,5	10,3	12,5	10,9	11,7
2014	15,8	15,6	11,7	10,4	11,8	9,9	9,5	11,0	13,4	16,8	9,9	9,2	11,3	10,9	11,9
2015	16,0	15,9	11,7	9,6	10,7	9,1	9,9	10,4	7,7	16,9	9,2	9,8	10,9	10,7	11,8
2016	16,1	14,8	11,0	9,4	14,6	8,7	8,5	8,3	5,3	15,3	8,1	13,5	10,7	10,5	11,4
2017	16,4	15,2	11,0	9,5	14,2	8,4	8,4	8,5	9,0	15,9	8,7	12,6	10,2	10,3	11,5
2018	14,3	15,8	10,8	9,9	18,1	8,9	8,4	8,0	3,6	15,5	9,4	22,2	12,2	11,6	12,2
2019	15,2	19,4	16,0	11,2	21,2	9,4	10,0	9,0	7,1	15,6	11,4	11,3	12,5	12,2	13,2
2020	17,1	17,2	11,6	11,5	14,3	10,6	11,5	10,1	9,8	17,8	10,9	10,3	12,8	12,1	13,0
2021	14,6	16,2	13,4	10,4	13,8	10,9	9,8	8,9	9,5	15,1	10,6	12,3	12,9	11,5	12,4
2022	15,9	17,0	13,4	11,4	15,2	11,5	13,2	9,3	11,6	15,1	12,4	13,5	12,6	12,9	13,8

* FL² = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,442 Mrd. € (1.331 €/Einwohner).

3 Im Jahr 2022: Bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen dem Sondervermögen „Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“ und dem Kernhaushalt.

i) Zinsausgaben der Länder (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	2.404	1.036	656	1.398	383	1.886	5.983	1.025	510	312	714	917	633	17.855	21.463
2013	2.438	949	538	1.268	357	1.977	4.905	1.037	482	310	633	870	591	16.355	19.753
2014	2.277	886	499	1.192	330	1.540	4.349	1.001	475	263	594	782	566	14.752	18.057
2015	1.784	830	431	1.175	295	1.491	3.949	892	435	218	552	715	513	13.282	16.456
2016	1.699	748	379	1.020	259	1.354	3.330	890	399	191	510	624	446	11.849	14.608
2017	1.583	718	328	1.002	219	1.225	3.251	818	383	178	455	540	397	11.095	13.836
2018	1.556	594	306	963	219	1.138	3.061	648	367	159	367	486	341	10.206	12.687
2019	1.331	532	299	940	202	1.049	2.660	519	323	124	349	444	320	9.093	11.589
2020	1.279	480	222	927	197	656	1.852	413	289	38	327	343	294	7.316	9.569
2021	1.708	402	272	898	166	623	1.928	367	250	74	332	350	280	7.649	9.986
2022	1.330	375	227	804	162	854	1.808	401	249	51	274	367	251	7.154	9.277

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	228	83	268	233	239	242	341	257	512	77	315	327	291	239	267
2013	230	76	220	210	224	254	280	260	486	77	281	310	273	219	245
2014	213	70	204	197	206	197	247	250	480	65	266	277	262	196	223
2015	166	65	175	192	184	190	223	222	439	54	248	252	238	176	202
2016	156	58	152	165	165	170	186	219	400	47	228	217	206	155	177
2017	144	55	131	161	136	154	182	201	385	44	204	187	184	145	167
2018	141	46	122	154	136	143	171	159	370	39	166	168	159	133	153
2019	120	41	119	150	126	131	148	127	327	30	159	153	150	118	139
2020	115	37	88	147	122	82	103	101	293	9	149	118	138	95	115
2021	154	31	107	143	103	78	108	89	254	18	153	120	132	99	120
2022	118	28	88	126	100	105	100	97	252	13	125	125	118	92	110

Zinsausgabenquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	5,8	2,3	6,1	5,9	5,2	6,8	9,0	6,5	12,0	2,0	7,1	9,4	7,0	6,3	6,7
2013	5,6	2,0	5,1	5,3	4,9	7,0	7,4	6,5	11,8	1,8	6,3	8,7	6,5	5,7	6,1
2014	5,0	1,8	4,6	4,7	4,4	5,4	6,4	6,0	11,2	1,5	5,9	7,6	6,1	4,9	5,3
2015	3,8	1,6	3,8	4,4	3,9	5,0	5,6	5,2	10,3	1,3	5,2	6,3	5,4	4,3	4,6
2016	3,4	1,3	3,3	3,6	3,2	4,4	4,6	5,2	9,1	1,1	4,9	4,9	4,7	3,7	4,0
2017	3,1	1,2	2,7	3,4	2,9	3,8	4,2	4,6	8,3	1,0	4,2	4,0	4,2	3,3	3,6
2018	3,0	1,0	2,5	3,2	2,7	3,5	3,9	3,7	8,5	0,9	3,3	3,1	3,4	3,0	3,2
2019	2,5	0,8	2,1	3,0	2,3	3,1	3,3	2,8	6,5	0,6	3,1	3,2	3,1	2,5	2,8
2020	2,1	0,7	1,5	2,7	2,0	1,7	1,9	2,0	5,0	0,2	2,7	2,3	2,5	1,8	2,0
2021	2,8	0,6	1,7	2,5	1,7	1,5	2,0	1,7	4,1	0,3	2,6	2,2	2,2	1,8	2,0
2022	2,1	0,5	1,4	2,2	1,5	2,0	1,7	1,9	2,6	0,2	2,0	2,1	2,1	1,6	1,8

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

j) Zinsausgaben der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	2.670	1.526	714	1.944	438	2.293	7.486	1.297	589	426	820	1.039	701	18.836	25.564
2013	2.691	1.444	590	1.796	411	2.349	6.234	1.300	572	424	725	996	653	17.790	23.596
2014	2.530	1.324	547	1.733	380	1.900	5.551	1.265	557	370	674	902	623	16.369	21.695
2015	2.076	1.317	476	1.734	342	1.896	5.183	1.152	526	342	620	835	565	15.243	20.273
2016	1.957	1.117	415	1.526	301	1.732	4.566	1.124	484	271	566	738	486	13.731	18.068
2017	1.818	1.054	358	1.452	253	1.580	4.334	1.033	458	245	502	648	428	12.668	16.925
2018	1.761	899	334	1.396	249	1.429	4.033	852	435	217	406	588	369	11.596	15.481
2019	1.522	805	323	1.349	230	1.320	3.568	727	387	173	381	538	344	10.329	14.187
2020	1.455	727	243	1.283	219	895	2.656	603	348	71	353	430	314	8.534	11.880
2021	1.882	610	291	1.230	184	848	2.662	546	305	101	355	435	296	8.765	12.112
2022	1.493	587	242	1.111	182	1.080	2.499	567	300	79	298	443	265	8.144	11.298

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	253	122	291	324	273	295	427	325	591	105	362	371	322	252	318
2013	254	115	241	298	257	302	355	326	576	105	322	355	302	238	293
2014	237	105	223	286	238	243	316	316	563	91	301	320	289	218	268
2015	193	103	193	284	214	241	293	286	532	84	278	294	262	202	249
2016	179	87	167	247	187	218	255	277	485	67	253	256	225	180	219
2017	165	81	143	233	157	198	242	254	460	60	225	224	199	165	205
2018	159	69	133	223	154	179	225	209	438	53	183	203	172	151	187
2019	137	61	128	215	143	165	199	178	392	43	173	186	161	134	171
2020	131	55	96	204	136	112	148	147	353	18	161	148	148	111	143
2021	169	46	115	196	114	106	149	133	310	25	164	149	140	114	146
2022	133	44	94	174	112	133	138	137	304	19	136	151	125	105	134

Zinsausgabenquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	4,7	2,3	4,5	5,1	4,2	5,4	6,8	5,7	9,6	1,8	5,6	6,8	5,7	4,6	5,3
2013	4,4	2,0	3,7	4,6	4,1	5,4	5,6	5,6	9,4	1,7	5,1	6,3	5,1	4,2	4,8
2014	4,0	1,8	3,3	4,3	3,6	4,2	4,9	5,2	8,8	1,4	4,6	5,4	4,9	3,7	4,2
2015	3,1	1,7	2,8	4,1	3,2	4,0	4,3	4,5	8,2	1,3	4,0	4,7	4,4	3,3	3,8
2016	2,8	1,4	2,4	3,4	2,6	3,5	3,7	4,3	7,4	1,0	3,7	3,7	3,7	2,9	3,2
2017	2,5	1,2	2,0	3,2	2,3	3,1	3,3	3,9	6,8	0,9	3,1	3,1	3,2	2,6	2,9
2018	2,4	1,0	1,8	2,9	2,1	2,7	3,0	3,2	6,7	0,8	2,5	2,5	2,7	2,3	2,6
2019	2,0	0,8	1,5	2,7	1,8	2,4	2,6	2,6	5,3	0,6	2,2	2,4	2,4	1,9	2,2
2020	1,7	0,7	1,1	2,4	1,6	1,5	1,7	2,0	4,3	0,2	2,0	1,9	2,0	1,4	1,7
2021	2,2	0,6	1,3	2,2	1,3	1,4	1,7	1,8	3,6	0,3	1,9	1,7	1,9	1,4	1,7
2022	1,6	0,5	1,0	1,9	1,2	1,6	1,5	1,8	2,5	0,2	1,5	1,7	1,6	1,3	1,5

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

k) Gesamteinnahmen der Länder (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	41.019	45.778	10.763	21.953	7.537	26.962	63.437	14.667	3.512	17.278	10.167	9.604	9.313	277.673	315.092
2013	42.541	49.531	11.372	23.453	7.646	27.888	63.385	15.455	3.620	17.720	10.333	10.200	9.521	288.289	326.174
2014	44.916	52.435	11.156	24.786	7.706	28.334	66.369	16.038	3.749	18.376	10.293	10.073	9.456	298.687	340.734
2015	46.121	54.466	11.862	26.334	8.199	30.406	70.063	16.749	4.047	18.396	11.332	11.589	9.686	314.102	358.762
2016	49.568	57.469	12.140	29.332	8.498	32.321	73.076	17.712	4.296	18.535	11.121	12.356	10.137	330.728	378.044
2017	51.722	60.707	12.531	30.423	8.381	32.949	76.816	18.916	4.520	19.179	11.108	12.974	10.593	344.373	394.217
2018	55.212	66.900	12.992	30.831	8.701	35.954	80.190	18.656	4.675	20.236	11.334	13.792	10.695	363.675	416.989
2019	57.042	70.137	13.153	32.814	8.965	36.955	84.457	19.597	5.089	20.270	11.724	14.411	10.801	379.262	433.867
2020	55.834	61.439	13.398	31.547	9.221	37.977	87.649	19.977	5.844	20.520	11.268	14.228	10.908	379.719	439.227
2021	63.460	71.008	14.926	37.565	10.069	42.928	96.965	23.709	6.043	22.248	12.670	16.163	12.137	429.772	499.967
2022	65.851	74.716	15.938	38.323	11.056	45.778	104.047	22.498	6.693	24.896	14.239	18.243	13.056	455.202	529.591

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	3.891	3.669	4.393	3.657	4.702	3.463	3.616	3.677	3.527	4.270	4.486	3.425	4.282	3.718	3.919
2013	4.014	3.947	4.646	3.893	4.788	3.580	3.613	3.875	3.650	4.384	4.595	3.632	4.400	3.854	4.048
2014	4.209	4.150	4.552	4.087	4.824	3.626	3.773	4.009	3.789	4.542	4.599	3.571	4.385	3.978	4.210
2015	4.279	4.274	4.813	4.306	5.122	3.868	3.962	4.165	4.091	4.536	5.079	4.079	4.495	4.158	4.404
2016	4.537	4.460	4.880	4.748	5.282	4.066	4.088	4.360	4.305	4.454	4.966	4.295	4.691	4.333	4.591
2017	4.707	4.678	5.016	4.884	5.203	4.138	4.293	4.647	4.504	4.704	4.982	4.494	4.919	4.497	4.769
2018	4.996	5.131	5.183	4.933	5.406	4.506	4.476	4.575	4.711	4.965	5.119	4.767	4.985	4.739	5.031
2019	5.145	5.355	5.227	5.229	5.572	4.625	4.710	4.792	5.150	4.977	5.328	4.969	5.054	4.932	5.223
2020	5.029	5.682	5.306	5.016	5.730	4.749	4.888	4.881	5.934	5.050	5.153	4.896	5.132	4.936	5.284
2021	5.712	5.398	5.894	5.980	6.251	5.356	5.415	5.781	6.146	5.500	5.832	5.545	5.745	5.586	6.014
2022	5.861	5.605	6.212	6.015	6.793	5.641	5.756	5.420	6.766	6.102	6.513	6.193	6.152	5.851	6.299

Anteile der Einnahmen an den Gesamtausgaben inv. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	98,7	103,5	100,6	93,0	103,1	97,0	94,9	93,6	82,3	110,7	100,8	98,9	102,9	98,4	98,2
2013	98,1	104,8	107,2	97,4	105,8	99,2	95,9	96,7	88,3	105,1	102,4	101,9	104,5	99,9	100,0
2014	99,4	104,0	103,9	97,2	103,9	99,7	98,0	96,5	88,7	107,0	102,1	97,9	102,3	100,2	100,4
2015	98,2	104,0	104,9	99,5	107,4	101,0	98,6	96,9	95,6	105,8	106,5	102,3	102,7	101,0	101,1
2016	99,0	103,4	104,8	102,4	105,8	104,3	100,8	102,8	98,2	106,3	106,4	97,5	107,1	102,3	102,2
2017	100,8	105,5	104,9	102,2	109,9	102,8	99,6	106,0	98,0	103,9	103,0	96,1	111,8	102,6	103,0
2018	104,9	108,4	105,6	103,4	108,6	109,5	102,9	105,5	108,3	111,9	107,7	87,9	107,7	105,3	105,0
2019	106,0	101,1	92,5	105,4	102,1	107,7	106,0	107,1	103,0	102,2	102,5	103,6	107,7	104,2	104,1
2020	92,7	90,2	90,9	91,5	95,1	96,7	91,9	96,1	101,6	87,0	93,3	96,8	94,2	92,5	92,9
2021	102,4	98,1	96,0	102,6	100,2	103,1	100,2	108,4	100,1	99,2	100,0	100,4	96,9	100,8	100,1
2022	103,2	103,4	100,0	105,7	103,4	104,8	96,1	104,9	69,4	107,6	105,9	106,5	108,9	101,7	102,4

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

in Mio. Euro

in Euro je Einwohner

Anteile der Einnahmen an den Gesamtausgaben in v. H.

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

m) Gesamteinnahmen der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	58.464	68.621	15.720	34.900	10.202	41.724	106.460	20.733	5.120	24.924	14.515	14.743	12.607	407.228	22.569	4.136	11.188	37.677	470.163
2013	59.969	73.608	16.478	37.163	10.453	43.329	107.286	21.849	5.288	25.987	14.482	15.629	13.181	425.532	22.747	4.382	11.546	38.444	486.344
2014	63.304	77.026	16.515	38.923	10.682	44.295	111.097	22.626	5.544	27.608	14.753	15.888	13.093	440.777	23.838	4.671	12.328	40.649	507.727
2015	66.542	81.024	17.546	41.050	11.338	47.252	118.243	24.049	5.948	27.083	16.067	17.659	13.306	460.450	24.713	4.839	12.851	42.177	535.958
2016	70.849	84.676	17.839	45.213	11.908	50.466	125.304	25.371	6.276	27.358	16.223	18.794	13.876	487.364	26.283	5.277	13.757	45.123	565.825
2017	73.549	89.284	18.637	46.471	11.863	51.456	132.915	27.105	6.596	28.696	16.351	19.923	14.281	508.144	27.701	5.491	14.541	47.458	592.120
2018	77.997	97.002	19.368	48.546	12.238	55.881	138.312	27.373	6.855	30.335	16.899	20.945	14.818	534.461	29.340	5.733	15.726	50.554	624.772
2019	81.523	100.727	19.934	50.902	12.731	57.635	144.975	28.592	7.332	30.877	17.347	21.899	14.946	552.057	29.844	5.969	16.202	51.720	649.301
2020	83.022	99.442	20.255	51.602	13.141	59.010	149.214	29.184	8.050	30.704	16.757	22.342	15.079	588.849	31.470	6.287	16.240	53.876	658.136
2021	92.004	110.959	22.061	58.507	14.057	64.373	159.253	34.043	8.366	32.968	18.125	24.387	16.362	632.584	35.897	7.285	19.651	62.609	726.644
2022	96.913	116.050	23.368	60.228	15.372	69.196	169.812	33.753	9.089	35.914	20.133	27.087	17.754	663.605	37.423	7.299	20.775	65.264	769.848

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	5.546	5.500	6.416	5.814	6.364	5.360	6.069	5.197	5.142	6.160	6.404	5.258	5.796	5.453	6.747	6.342	6.489	6.585	5.848
2013	5.659	5.866	6.732	6.168	6.545	5.563	6.115	5.478	5.332	6.430	6.440	5.565	6.092	5.689	6.702	6.694	6.625	6.638	6.035
2014	5.932	6.096	6.738	6.418	6.687	5.669	6.315	5.655	5.603	6.824	6.592	5.632	6.071	5.871	6.928	7.099	7.049	6.951	6.274
2015	6.174	6.358	7.120	6.712	7.084	6.011	6.687	5.980	6.013	6.677	7.202	6.216	6.171	6.095	7.091	7.291	7.260	7.126	6.579
2016	6.485	6.572	7.172	7.319	7.402	6.349	7.010	6.246	6.290	6.708	7.244	6.533	6.421	6.386	7.402	7.803	7.648	7.488	6.871
2017	6.693	6.880	7.461	7.461	7.364	6.462	7.428	6.659	6.626	7.333	7.633	6.901	6.632	6.636	7.712	8.086	7.985	7.790	7.163
2018	7.058	7.440	7.727	7.767	7.603	7.004	7.721	6.712	6.909	7.444	7.633	7.240	6.907	6.964	8.094	8.424	8.573	8.234	7.538
2019	7.353	7.691	7.972	8.111	7.912	7.212	8.086	6.991	7.419	7.582	7.884	7.552	6.993	7.179	8.171	8.737	8.790	8.370	7.816
2020	7.478	7.577	8.022	8.205	8.165	7.380	8.321	7.131	8.174	7.556	7.663	7.687	7.095	7.654	8.593	9.251	8.801	8.708	7.918
2021	8.281	8.435	8.712	8.712	8.726	8.031	8.894	8.301	8.507	8.150	8.343	8.367	7.745	8.222	9.797	10.790	10.621	10.115	8.741
2022	8.625	8.705	9.108	9.453	9.445	8.527	9.393	8.132	9.188	8.802	9.209	9.194	8.365	8.530	10.045	10.732	11.079	10.391	9.156

Anteile der Gesamteinnahmen an den Gesamtausgaben in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	102,5	103,5	98,4	90,9	98,3	97,5	96,4	91,8	83,4	106,3	99,1	96,0	103,2	99,1	103,1	88,5	95,2	98,9	98,2
2013	98,9	104,4	103,5	95,7	103,6	99,1	97,1	94,0	87,3	104,1	101,9	98,5	103,7	100,0	102,1	90,4	96,1	98,8	99,5
2014	99,5	103,3	100,7	96,2	101,2	98,0	97,1	93,0	88,0	104,2	100,4	95,3	102,9	99,7	103,8	91,7	103,6	102,2	99,1
2015	99,3	103,3	102,3	98,1	104,9	100,4	98,3	94,9	92,6	104,2	104,0	98,7	103,8	100,6	100,8	94,9	101,8	100,4	100,3
2016	100,2	103,3	101,5	100,9	103,5	102,4	100,7	98,1	95,4	105,1	104,6	95,2	105,7	102,0	100,5	100,1	102,1	101,0	101,4
2017	101,7	105,3	101,8	102,2	107,3	101,5	101,5	102,2	97,9	103,7	101,9	96,8	108,4	103,4	103,8	99,7	107,5	104,4	102,7
2018	105,9	106,1	102,0	102,0	104,7	105,0	103,3	101,9	105,1	109,4	102,7	90,4	107,2	104,0	105,5	100,9	93,7	101,0	103,9
2019	104,9	100,0	93,4	102,1	100,0	103,7	104,4	101,8	100,7	102,5	101,9	99,5	104,6	102,2	102,7	101,6	104,5	103,2	102,5
2020	96,8	95,4	95,1	94,9	99,1	99,9	96,8	97,5	98,8	91,5	94,1	99,9	97,9	96,3	95,6	95,4	96,3	95,8	96,5
2021	105,4	101,3	98,0	102,5	100,9	103,7	102,2	109,2	99,0	102,6	97,4	97,8	104,3	102,2	99,7	98,3	99,7	99,5	101,9
2022	104,8	105,3	99,1	104,3	103,1	105,2	99,2	106,1	74,3	106,6	101,6	103,1	109,3	104,2	102,0	97,9	113,7	105,0	103,2

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

n) Gesamteinnahmen der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalte)

in Mio. Euro																
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FL*	BE	Lzus*
2012	56.020	68.053	14.908	32.599	9.956	40.535	95.978	19.334	4.886	24.349	13.874	14.131	12.607	407.228	22.569	444.853
2013	57.447	73.085	15.693	34.784	10.159	41.614	99.335	20.352	5.109	25.553	14.110	15.109	13.181	425.532	22.747	463.912
2014	61.052	76.477	15.594	36.216	10.267	42.965	103.079	21.019	5.315	26.251	14.079	15.370	13.093	440.777	23.838	481.342
2015	63.865	79.947	16.134	38.017	10.689	44.056	109.195	22.304	5.575	26.234	14.786	16.612	13.306	460.450	24.713	502.537
2016	68.378	83.917	16.601	41.848	10.961	47.428	116.111	23.640	5.870	26.236	15.084	17.864	13.876	487.364	26.283	532.365
2017	71.144	87.870	17.425	43.023	11.248	48.371	122.929	25.017	6.283	26.874	15.231	19.072	14.281	508.144	27.701	555.509
2018	75.285	93.324	18.201	45.268	11.611	52.027	128.449	25.492	6.503	29.209	15.502	19.568	14.818	534.461	29.340	584.961
2019	78.589	96.236	18.619	46.791	12.058	53.482	133.174	26.917	6.657	28.762	15.905	20.557	14.946	552.057	29.844	603.728
2020	82.181	99.322	19.208	50.895	13.082	56.208	149.174	27.609	7.093	30.338	16.088	22.573	15.079	588.849	31.470	642.540
2021	89.215	109.669	20.589	56.330	14.829	59.866	152.955	32.936	7.494	31.583	17.072	23.683	16.362	632.584	35.897	695.141
2022	93.519	114.294	22.127	55.874	15.165	63.319	163.042	32.405	7.963	33.514	18.942	25.688	17.754	663.605	37.423	728.818

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FL*	BE	Lzus*
2012	5.314	5.454	6.084	5.430	6.211	5.207	5.471	4.847	4.907	6.018	6.121	5.040	5.796	5.453	6.747	5.533
2013	5.421	5.824	6.412	5.773	6.362	5.343	5.661	5.103	5.151	6.322	6.274	5.380	6.092	5.689	6.702	5.757
2014	5.721	6.052	6.362	5.972	6.428	5.499	5.860	5.254	5.371	6.489	6.291	5.449	6.071	5.871	6.928	5.948
2015	5.926	6.273	6.546	6.216	6.678	5.605	6.175	5.547	5.636	6.468	6.627	5.847	6.175	6.095	7.091	6.169
2016	6.259	6.513	6.674	6.774	6.813	5.967	6.495	5.820	5.883	6.433	6.736	6.210	6.421	6.386	7.402	6.465
2017	6.474	6.771	6.976	6.907	6.983	6.075	6.870	6.146	6.311	6.579	6.831	6.606	6.632	6.636	7.712	6.720
2018	6.813	7.157	7.261	7.242	7.214	6.521	7.170	6.251	6.554	7.167	7.002	6.764	6.907	6.964	8.094	7.057
2019	7.088	7.348	7.399	7.456	7.494	6.693	7.428	6.582	6.736	7.062	7.228	7.089	6.993	7.179	8.171	7.267
2020	7.402	7.568	7.608	8.093	8.129	7.029	8.319	6.746	7.202	7.466	7.357	7.767	7.095	7.654	8.593	7.730
2021	8.030	8.337	8.131	8.968	9.205	7.469	8.542	8.031	7.621	7.808	7.858	8.125	7.745	8.222	9.797	8.362
2022	8.323	8.573	8.624	8.770	9.318	7.803	9.019	7.807	8.050	8.214	8.664	8.720	8.365	8.530	10.045	8.668

Anteile der Gesamteinnahmen an den Gesamtausgaben in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FL*	BE	Lzus*
2012	104,2	103,7	99,4	91,7	98,2	98,1	96,9	90,7	84,4	106,3	101,7	96,1	103,2	99,1	103,1	99,1
2013	100,4	104,6	103,9	96,9	102,7	98,8	97,5	93,7	87,4	105,6	102,7	98,7	103,7	100,0	102,1	99,9
2014	101,7	104,1	100,8	97,9	101,4	98,3	97,2	93,0	90,7	105,2	101,1	96,5	102,9	99,7	103,8	99,9
2015	101,7	104,0	101,7	99,7	103,9	99,4	99,0	95,0	93,1	100,6	104,5	99,1	103,8	100,6	100,8	100,6
2016	102,4	104,3	101,8	102,2	104,9	101,5	100,8	98,0	95,3	102,7	105,2	100,0	105,7	102,0	100,5	102,0
2017	104,9	106,0	103,0	103,1	108,8	101,3	101,3	102,0	99,9	104,0	103,0	101,7	108,4	103,4	103,8	103,5
2018	106,8	105,9	102,8	104,2	102,6	104,4	103,3	102,0	101,7	106,5	102,6	91,0	107,2	104,0	105,5	103,8
2019	105,4	101,2	93,6	103,5	101,3	102,2	103,3	102,5	100,1	101,2	100,3	97,0	104,6	102,2	102,7	102,3
2020	97,7	96,3	94,6	99,8	83,9	94,1	95,7	96,3	97,9	98,0	95,1	102,0	97,9	96,3	95,6	96,3
2021	105,2	102,3	97,8	106,9	106,0	99,6	100,1	112,1	101,8	104,4	86,9	99,1	104,3	102,2	99,7	100,5
2022	107,8	106,4	101,3	105,5	104,7	107,4	100,2	108,1	77,0	108,5	105,0	98,8	109,3	104,2	102,0	103,4

* FL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

o) Steuereinnahmen der Länder

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	29.662	35.237	5.787	16.385	3.805	18.893	43.415	9.711	2.323	9.629	5.420	6.780	5.115	192.162	22.813
2013	30.076	37.569	6.202	17.543	3.897	19.993	44.666	10.206	2.457	9.995	5.590	7.329	5.365	200.887	23.408
2014	31.831	39.659	6.143	18.536	4.211	20.131	46.389	10.558	2.554	10.215	5.667	7.176	5.524	208.593	25.595
2015	33.038	42.085	6.681	19.651	4.406	22.025	49.823	10.968	2.743	10.945	6.052	8.075	5.839	222.330	26.504
2016	36.185	45.850	7.220	22.058	4.530	23.822	53.702	11.992	2.912	11.563	6.497	8.745	6.218	241.291	28.612
2017	37.755	47.043	7.610	22.738	4.826	24.153	55.706	12.788	3.030	12.166	6.633	9.078	6.446	249.969	30.138
2018	40.586	51.079	8.153	22.962	5.042	25.723	59.238	12.763	3.202	12.672	7.007	9.450	6.805	264.683	32.990
2019	40.915	52.265	8.331	24.401	5.360	27.211	62.011	13.935	3.288	13.364	7.281	10.014	7.082	275.458	33.909
2020	37.628	44.471	8.196	21.315	5.427	26.419	61.034	13.637	3.341	12.978	7.014	9.733	6.907	258.101	36.262
2021	41.591	50.081	9.465	25.126	5.944	29.140	68.220	16.634	3.534	14.422	7.730	10.966	7.551	290.404	43.221
2022	46.410	54.945	10.548	26.424	6.704	33.009	74.105	16.118	4.016	16.507	8.885	12.376	8.610	318.656	47.844

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	2.814	2.824	2.362	2.729	2.374	2.427	2.475	2.434	2.333	2.380	2.391	2.418	2.352	2.573	2.674
2013	2.838	2.994	2.534	2.912	2.440	2.567	2.546	2.559	2.477	2.473	2.486	2.610	2.480	2.686	2.783
2014	2.982	3.139	2.506	3.056	2.636	2.576	2.637	2.639	2.582	2.525	2.532	2.544	2.562	2.778	2.894
2015	3.065	3.302	2.711	3.213	2.753	2.802	2.818	2.728	2.772	2.699	2.712	2.842	2.710	2.943	3.055
2016	3.312	3.558	2.902	3.571	2.816	2.997	3.004	2.952	2.918	2.835	2.901	3.040	2.877	3.161	3.278
2017	3.436	3.625	3.046	3.650	2.996	3.033	3.113	3.142	3.043	2.984	2.975	3.144	2.993	3.264	3.388
2018	3.673	3.918	3.253	3.674	3.133	3.224	3.307	3.130	3.227	3.110	3.165	3.266	3.172	3.449	3.591
2019	3.690	3.991	3.311	3.888	3.331	3.405	3.459	3.407	3.327	3.281	3.309	3.453	3.314	3.582	3.724
2020	3.389	3.389	3.246	3.372	3.372	3.304	3.404	3.332	3.392	3.194	3.208	3.349	3.250	3.355	3.541
2021	3.743	3.807	3.738	4.000	3.690	3.636	3.810	4.056	3.594	3.565	3.558	3.762	3.574	3.774	4.013
2022	4.130	4.122	4.111	4.147	4.119	4.068	4.099	3.883	4.059	4.046	4.064	4.201	4.057	4.096	4.359

Anteile der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	Lzus*
2012	76,0	80,3	57,5	73,7	53,4	71,2	74,3	67,0	58,6	60,1	54,9	72,9	58,0	72,5	71,8
2013	73,6	80,2	61,5	77,2	55,3	75,0	74,3	69,8	62,8	58,2	56,3	76,0	59,8	73,4	72,6
2014	74,9	79,0	60,4	77,5	58,7	73,6	74,4	69,2	65,2	58,4	56,8	72,7	61,5	73,6	73,3
2015	75,0	81,0	63,5	79,4	59,5	78,5	75,9	69,2	68,8	60,2	58,4	76,4	64,1	75,4	74,8
2016	76,2	83,1	67,0	82,9	60,0	81,7	78,5	74,9	70,7	66,5	62,8	78,4	67,7	78,6	77,7
2017	78,4	82,6	68,5	81,7	65,3	80,7	76,3	77,8	70,8	69,2	62,0	75,0	70,3	78,8	78,3
2018	79,8	85,6	70,6	81,8	62,1	83,9	79,5	77,7	74,3	66,6	64,7	75,6	69,7	80,0	79,2
2019	78,6	80,6	62,3	85,0	62,5	83,8	80,6	81,0	73,3	68,8	63,9	73,6	70,6	79,6	79,0
2020	62,8	64,7	57,3	63,9	43,8	63,8	57,9	67,1	66,6	58,4	56,8	64,3	59,4	61,3	61,7
2021	68,2	69,4	64,1	72,5	56,3	70,5	67,4	80,4	68,5	67,0	51,8	69,7	64,0	68,4	68,4
2022	75,8	76,6	70,6	77,5	62,3	84,7	68,4	78,5	50,0	77,1	68,3	71,0	71,7	73,9	74,3

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

p) Steuereinnahmen der Länder (einschließlich Kommunen)

in Mio. Euro																			
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	42.052	49.254	7.314	23.692	4.667	26.357	62.282	13.268	3.112	12.221	6.765	9.087	6.409	266.479	11.616	2.288	8.910	22.813	289.292
2013	42.682	52.671	7.859	24.880	4.842	27.435	63.895	13.842	3.257	12.713	6.982	9.839	6.712	277.609	11.921	2.423	9.064	23.408	301.017
2014	44.624	55.522	7.899	26.643	5.194	27.862	65.843	14.259	3.385	13.084	7.113	9.715	6.883	288.025	13.127	2.579	9.889	25.595	313.620
2015	46.796	58.903	8.512	28.074	5.471	29.971	71.105	15.056	3.610	13.906	7.565	10.843	7.317	307.129	13.626	2.715	10.163	26.504	333.633
2016	50.709	63.663	9.165	31.218	5.680	32.255	75.956	16.145	3.811	14.740	8.176	11.680	7.791	330.988	14.767	3.048	10.798	28.612	359.601
2017	53.426	65.765	9.774	32.311	6.054	32.962	79.919	17.262	4.001	15.596	8.336	12.289	8.130	345.824	15.399	3.129	11.609	30.138	375.962
2018	57.030	71.129	10.431	32.963	6.349	35.146	84.422	17.588	4.283	16.244	8.821	12.831	8.612	365.846	17.027	3.345	12.618	32.990	398.837
2019	57.698	72.803	10.796	34.780	6.706	37.015	88.078	18.851	4.346	17.113	9.158	13.516	8.920	379.779	17.534	3.372	13.003	33.909	413.688
2020	53.265	63.894	10.486	31.231	6.744	35.696	85.324	18.263	4.391	16.374	8.791	13.364	8.645	356.468	20.732	3.846	11.684	36.262	392.730
2021	59.397	73.166	12.057	36.793	7.382	39.493	95.705	22.536	4.683	18.604	9.637	14.824	9.481	403.758	24.653	4.501	14.066	43.221	446.979
2022	65.814	78.917	13.100	38.926	8.288	44.338	103.472	22.826	5.218	20.718	11.065	16.668	10.698	440.046	27.220	4.676	15.947	47.844	487.890

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	3.989	3.948	2.985	3.947	2.911	3.386	3.550	3.326	3.126	3.020	2.985	3.241	2.947	3.568	3.472	3.508	5.167	3.987	3.598
2013	4.027	4.197	3.211	4.129	3.032	3.522	3.642	3.471	3.284	3.145	3.105	3.504	3.102	3.712	3.512	3.702	5.201	4.042	3.735
2014	4.181	4.394	3.222	4.393	3.252	3.566	3.743	3.564	3.421	3.234	3.178	3.444	3.191	3.836	3.815	3.919	5.654	4.377	3.875
2015	4.342	4.622	3.454	4.590	3.418	3.813	4.021	3.744	3.650	3.428	3.391	3.817	3.395	4.066	3.910	4.091	5.741	4.478	4.096
2016	4.642	4.941	3.685	5.054	3.530	4.058	4.249	3.975	3.819	3.614	3.651	4.060	3.605	4.337	4.158	4.507	6.003	4.748	4.367
2017	4.862	5.068	3.913	5.187	3.758	4.140	4.466	4.241	4.019	3.825	3.738	4.257	3.775	4.516	4.287	4.608	6.375	4.947	4.548
2018	5.161	5.455	4.161	5.274	3.944	4.405	4.713	4.313	4.316	3.986	3.984	4.435	4.014	4.767	4.697	4.915	6.879	5.373	4.812
2019	5.204	5.559	4.291	5.542	4.168	4.632	4.912	4.609	4.398	4.202	4.162	4.661	4.174	4.939	4.800	4.936	7.055	5.488	4.980
2020	4.798	4.869	4.153	4.966	4.191	4.464	4.758	4.462	4.459	4.030	4.020	4.598	4.068	4.633	5.661	5.659	6.332	5.861	4.725
2021	5.346	5.562	4.761	5.857	4.583	4.927	5.345	5.495	4.762	4.599	4.436	5.086	4.488	5.248	6.728	6.667	7.602	6.983	5.377
2022	5.857	5.920	5.106	6.110	5.092	5.464	5.724	5.499	5.274	5.078	5.061	5.658	5.040	5.656	7.306	6.876	8.504	7.617	5.803

Anteile der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH	FLL*	BE	HB	HH	STST*	Lzus*
2012	78,2	75,1	48,8	66,6	46,0	63,8	62,9	62,3	53,8	53,4	49,6	61,8	52,5	64,8	53,1	48,9	75,8	59,9	64,4
2013	74,6	75,4	52,0	69,3	48,9	65,2	62,7	63,7	55,7	52,5	50,8	64,3	52,8	65,2	53,5	50,0	75,4	60,2	64,8
2014	74,3	75,5	51,1	72,0	51,3	63,7	62,1	63,1	57,8	52,4	51,1	61,0	54,1	65,2	57,2	50,6	83,1	64,4	65,1
2015	74,5	76,7	53,7	73,6	53,2	67,6	64,5	64,1	60,3	53,3	53,5	64,7	57,1	67,1	55,6	53,2	80,5	63,1	66,8
2016	75,9	79,1	56,2	76,3	54,4	69,0	65,9	66,9	61,9	57,7	57,0	65,4	59,3	69,3	56,5	57,8	80,2	64,0	68,9
2017	78,8	79,4	57,8	77,4	58,5	69,1	65,9	70,4	63,6	60,5	56,4	65,5	61,7	70,4	57,7	56,8	85,8	66,3	70,0
2018	80,9	80,7	58,9	75,9	56,1	70,5	67,9	70,4	67,0	59,2	58,4	59,7	62,3	71,2	61,2	58,9	75,2	65,9	70,8
2019	77,4	76,5	54,3	77,0	56,3	70,7	68,3	71,8	65,3	60,2	57,8	63,8	62,5	70,3	60,4	57,4	83,8	67,6	70,1
2020	63,3	61,9	51,6	61,3	43,2	59,8	54,7	63,7	60,6	52,9	51,9	60,4	56,1	58,3	63,0	58,3	69,3	64,5	58,9
2021	70,0	68,2	57,3	69,8	52,8	65,7	62,6	76,7	63,6	61,5	49,0	62,0	60,4	65,2	68,4	60,8	71,4	68,7	113,8
2022	75,8	73,5	60,0	73,5	57,2	75,2	63,6	76,1	50,4	67,1	61,3	64,1	65,8	69,1	74,2	62,7	87,3	77,0	75,9

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

q) Finanzierungssalden der Länderhaushalte (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	-517	1.548	61	-1.653	228	-845	-3.383	-994	-753	1.671	80	-110	277	-4.389	78	-561	-926	-1.409	-5.798
2013	-817	2.272	767	-619	422	-238	-2.676	-533	-479	861	240	186	408	-207	703	-497	-1	205	-3
2014	-229	1.994	422	-727	422	-1.533	-1.373	-576	-480	1.219	212	212	214	-785	1.016	-447	100	669	-116
2015	-793	2.114	555	-129	562	287	-1.009	-528	-188	1.024	695	256	253	3.100	1.027	-300	169	895	3.996
2016	-465	1.880	564	674	469	1.330	561	473	-79	1.112	673	-312	672	7.551	1.343	-93	-485	765	8.316
2017	446	3.180	586	652	756	895	-340	1.076	-93	744	320	-533	1.116	8.805	2.437	83	74	2.595	11.400
2018	2.622	5.201	693	996	693	3.100	2.248	969	358	2.176	295	-1.892	762	18.219	2.100	172	-550	1.721	19.940
2019	3.277	776	-1.059	1.670	184	2.665	4.769	1.296	150	433	289	506	465	15.423	785	221	674	1.680	17.103
2020	-4.398	-6.677	-1.355	-2.925	-472	-1.303	-7.759	-807	83	-3.075	-804	-467	-675	-30.633	-1.621	-271	-1.001	-2.893	-33.525
2021	1.467	-1.373	-624	942	16	1.308	203	1.828	-139	-180	-3	61	-392	3.115	-2.090	-18	-541	-2.649	466
2022	2.045	2.486	9	2.067	364	2.094	-4.239	1.054	-2.979	1.767	794	1.116	1.062	7.638	1.517	-132	3.328	4.713	12.351

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	-49	124	25	-275	142	-109	-193	-249	-756	413	35	-39	127	-59	23	-861	-537	-246	-72
2013	-77	181	313	-103	264	-31	-153	-134	-483	213	107	66	188	-3	207	-759	0	35	0
2014	-21	158	172	-120	180	-196	-78	-144	-485	301	95	-76	99	-10	295	-679	57	114	-1
2015	-74	166	225	-21	351	37	-57	-131	-190	252	312	90	117	41	295	-452	95	151	49
2016	-43	146	227	109	292	167	31	116	-80	273	300	-109	311	99	378	-138	-269	127	101
2017	41	245	235	105	469	112	-19	264	-94	182	144	-184	518	115	678	123	41	426	138
2018	237	399	276	159	430	389	125	238	361	534	133	-654	355	237	579	252	-300	280	241
2019	296	59	-421	266	114	334	266	317	152	106	131	174	217	201	215	323	366	272	206
2020	-396	-509	-536	-465	-293	-163	-433	-197	85	-757	-368	-161	-317	-398	-442	-399	-543	-467	-403
2021	132	-104	-246	150	10	163	11	446	-141	-44	-1	21	-186	40	-570	-27	-292	-428	6
2022	182	186	3	324	223	258	-234	254	-3.012	433	363	379	501	98	407	-194	1.775	750	147

Defizit-/Überschussquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	-1,2	3,5	0,6	-7,0	3,1	-3,0	-5,1	-6,3	-17,6	10,7	0,8	-1,1	3,1	-1,6	0,3	-10,7	-6,8	-3,3	-1,8
2013	-1,9	4,8	7,2	-2,6	5,8	-0,8	-4,1	-3,3	-11,7	5,1	2,4	1,9	4,5	-0,1	3,0	-9,4	0,0	0,5	0,0
2014	-0,5	4,0	3,9	-2,8	3,9	-5,4	-2,0	-3,5	-11,3	7,1	2,1	-2,1	2,3	-0,3	4,1	-7,8	0,7	1,5	0,0
2015	-1,7	4,0	4,9	-0,5	7,4	1,0	-1,4	-3,1	-4,4	5,9	6,5	2,3	2,7	1,0	4,0	-5,2	1,0	1,9	1,1
2016	-0,9	3,4	4,9	2,4	5,8	4,3	0,8	2,7	-1,8	6,4	6,4	-2,5	7,1	2,3	5,0	-1,6	-2,7	1,5	2,2
2017	0,9	5,5	4,9	2,2	9,9	2,8	-0,4	6,0	-2,0	4,0	3,0	-3,9	11,8	2,6	9,0	1,4	0,4	5,0	3,0
2018	5,0	8,4	5,6	3,3	8,6	9,4	2,9	5,5	8,3	12,0	2,7	-12,1	7,7	5,3	7,2	2,7	-2,6	3,0	5,0
2019	6,1	1,1	-7,4	5,4	2,1	7,8	6,0	7,1	3,0	2,2	2,5	3,6	4,5	4,2	2,5	3,4	3,3	2,9	4,1
2020	-7,3	-9,8	-9,2	-8,5	-4,9	-3,3	-8,1	-3,9	1,4	-13,0	-6,7	-3,2	-5,8	-7,5	-4,7	-3,8	-4,7	-4,6	-7,1
2021	2,4	-1,9	-4,0	2,6	0,2	3,1	0,2	8,4	-2,3	-0,8	0,0	0,4	-3,1	0,7	-5,2	-0,2	-2,2	-3,6	0,1
2022	3,2	3,4	0,1	5,7	3,4	4,8	-3,9	4,9	-30,9	7,6	5,9	6,5	8,9	1,7	4,0	-1,6	14,4	6,8	2,4

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

r) Finanzierungssalden der Länderhaushalte (Kernhaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	Lzus*
2012	-66	1.365	8	-1.765	160	-821	-3.834	-1.143	-690	1.298	53	-170	294	-5.310	-5.725
2013	-375	2.093	631	-717	300	-502	-3.310	-546	-489	832	182	115	329	-1.456	-1.875
2014	504	1.587	241	-903	189	-233	-2.421	-616	-379	672	79	-245	187	-1.338	-450
2015	37	2.081	237	-232	335	-156	-1.948	-568	-241	-137	426	87	238	158	328
2016	237	1.810	420	-470	317	976	34	318	-150	264	464	384	592	6.134	6.561
2017	1.754	2.980	498	216	676	836	-1.224	857	-11	706	185	125	917	8.512	10.516
2018	2.533	4.115	575	780	195	2.708	974	867	74	1.275	196	-1.920	646	13.017	13.543
2019	2.994	1.105	-1.199	1.250	88	1.718	1.467	1.258	0	-46	-14	-342	446	8.726	10.310
2020	-4.775	-6.571	-1.632	-1.364	-2.992	-4.941	-11.991	-1.346	-78	-1.484	-904	-458	-1.135	-39.672	-42.038
2021	805	-1.368	-903	2.082	477	-1.437	-4.859	2.297	81	-5	-2.458	-4	-257	-5.548	-5.838
2022	2.840	2.639	197	1.376	400	2.525	-4.424	1.189	-2.389	1.740	941	-431	676	7.278	10.373

in Euro je Einwohner															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	Lzus*
2012	-6	109	3	-294	100	-105	-219	-286	-693	321	24	-61	135	-71	-71
2013	-35	167	258	-119	188	-64	-189	-137	-493	206	81	41	152	-19	-23
2014	47	126	98	-149	118	-30	-138	-154	-383	166	35	-87	87	-18	-6
2015	3	163	96	-38	209	-20	-110	-141	-244	-34	191	30	110	2	4
2016	22	141	169	76	197	123	2	78	-151	65	207	134	274	80	80
2017	160	230	199	35	420	105	-68	211	-11	173	83	43	426	111	127
2018	229	316	229	125	121	339	54	213	74	313	88	-664	301	170	163
2019	270	84	-476	199	55	215	82	308	0	-11	-6	-118	209	113	124
2020	-430	-501	-646	-217	-1.859	-618	-669	-329	-79	-365	-414	-158	-534	-516	-506
2021	72	-104	-356	331	296	-179	-271	560	82	-1	-1.131	-1	-122	-72	-70
2022	253	198	77	216	246	311	-245	286	-2.415	426	430	-146	319	94	123

Defizit-/Überschussquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	Lzus*
2012	-0,2	3,1	0,1	-7,9	2,2	-3,1	-6,6	-7,9	-17,4	8,1	0,5	-1,8	3,3	-2,0	-1,9
2013	-0,9	4,5	6,3	-3,2	4,3	-1,9	-5,5	-3,7	-12,5	4,8	1,8	1,2	3,7	-0,5	-0,6
2014	1,2	3,2	2,4	-3,8	2,6	-0,9	-3,9	-4,0	-9,7	3,8	0,8	-2,5	2,1	-0,5	-0,1
2015	0,1	4,0	2,3	-0,9	4,5	-0,6	-3,0	-3,6	-6,1	-0,8	4,1	0,8	2,6	0,1	0,1
2016	0,5	3,3	3,9	1,8	4,2	3,3	0,0	2,0	-3,7	1,5	4,5	3,4	6,4	2,0	1,9
2017	3,6	5,2	4,5	0,8	9,1	2,8	-1,7	5,2	-0,3	4,0	1,7	1,0	10,0	2,7	2,9
2018	5,0	6,9	5,0	2,8	2,4	8,8	1,3	5,3	1,7	6,7	1,8	-13,3	6,6	3,9	3,6
2019	5,8	1,7	-9,0	4,4	1,0	5,3	1,9	7,3	0,0	-0,2	-0,1	-2,5	4,4	2,5	2,6
2020	-8,0	-9,6	-11,4	-4,1	-24,2	-11,9	-11,4	-6,6	-1,5	-6,7	-7,3	-3,0	-9,8	-9,4	-8,8
2021	1,3	-1,9	-6,1	6,0	4,5	-3,5	-4,8	11,1	1,6	0,0	-16,5	0,0	-2,2	-1,3	-1,2
2022	4,6	3,7	1,3	4,0	3,7	6,5	-4,1	5,8	-29,7	8,1	7,2	-2,5	5,6	1,7	2,1

* FLL = Flächenländer, STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen
 1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).
 2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

s) Finanzierungssalden der Länder einschließlich Kommunen (Kern- und Extrahaushalte)

in Mio. Euro

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	1.445	2.314	-267	-3.604	-173	-1.133	-3.963	-1.858	-1.021	1.482	-144	-619	389	-3.970	678	-539	-554	-415	-8.670
2013	-613	3.109	555	-1.769	357	-469	-3.166	-1.384	-767	1.020	258	-244	470	-152	478	-468	-429	-419	-2.452
2014	-290	2.499	110	-1.668	126	-2.431	-3.311	-1.697	-756	1.111	53	-779	360	-1.346	875	-425	438	888	-6.060
2015	-405	2.560	396	-901	524	98	-2.031	-1.298	-476	1.095	610	-238	481	2.683	206	-261	225	170	1.232
2016	204	2.672	271	265	401	1.072	831	-1.502	-300	1.333	711	-953	737	9.556	135	6	286	426	7.546
2017	1.256	4.522	335	887	808	667	1.983	570	-143	1.033	302	-652	1.099	16.449	1.011	-17	1.010	2.003	15.397
2018	4.371	5.592	387	820	545	2.563	4.421	495	335	2.621	426	-2.216	986	20.506	1.524	52	-1.050	526	23.115
2019	3.812	-15	-1.405	909	-7	1.996	6.017	508	48	754	310	-112	655	11.856	800	94	691	1.585	15.248
2020	-2.781	-4.803	-1.061	-2.889	-124	-180	-4.992	-750	-108	-2.846	-1.065	-11	-328	-22.718	-1.431	-304	-631	-2.366	-24.381
2021	4.707	1.452	-444	1.314	118	2.147	3.458	2.855	-234	843	-496	-562	668	13.240	-121	-121	-49	-291	12.997
2022	4.445	5.784	-197	2.306	463	3.268	-1.326	1.939	-3.181	2.220	319	824	1.491	26.558	752	-156	2.500	3.096	23.418

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	137	185	-109	-600	-108	-146	-226	-466	-1.026	366	-63	-221	179	-53	203	-827	-321	-73	-108
2013	-58	248	227	-294	223	-60	-180	-347	-773	252	114	-87	217	-2	141	-715	-246	-72	-30
2014	-27	198	45	-275	79	-311	-188	-424	-764	275	24	-276	167	-18	254	-647	250	152	-75
2015	-38	201	161	-147	327	12	-115	-323	-481	270	274	-84	223	36	59	-393	127	29	15
2016	19	207	109	43	249	135	46	-124	-300	327	317	-331	341	125	38	8	159	71	92
2017	114	348	134	142	502	84	111	140	-143	253	135	-226	510	215	281	-25	554	329	186
2018	396	429	154	131	339	321	247	121	337	643	192	-766	459	267	420	76	-572	86	279
2019	344	-1	-558	145	-4	250	336	124	49	185	141	-39	306	154	219	137	375	256	184
2020	-251	-366	-420	-459	-77	-22	-278	-183	-110	-700	-487	-4	-154	-295	-391	-448	-342	-382	-293
2021	424	110	-175	209	73	268	193	696	-237	208	-228	-193	316	172	-33	-179	-26	-47	156
2022	396	434	-77	362	285	403	-73	467	-3.215	544	146	280	702	341	202	-230	1.333	493	279

Defizit-/Überschussquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL*	BE	HB	HH ²	STST*	Lzus*
2012	2,5	3,5	-1,7	-9,4	-1,7	-2,6	-3,6	-8,2	-16,6	6,3	-1,0	-4,0	3,2	-1,0	3,1	-11,5	-4,7	-1,1	-1,8
2013	-1,0	4,4	3,5	-4,6	3,5	-1,1	-2,9	-6,0	-12,7	4,1	1,8	-1,5	3,7	0,0	2,1	-9,6	-3,6	-1,1	-0,5
2014	-0,5	3,4	0,7	-4,1	1,2	-5,4	-2,9	-7,0	-12,0	4,2	0,4	-4,7	2,8	-0,3	3,8	-8,3	3,7	2,2	-1,2
2015	-0,6	3,3	2,3	-2,2	4,8	0,2	-1,7	-5,1	-7,4	4,2	4,0	-1,3	3,7	0,6	0,8	-5,1	1,8	0,4	0,2
2016	0,3	3,3	1,5	0,6	3,5	2,2	0,7	-1,9	-4,6	5,1	4,6	-4,8	5,6	2,0	0,5	0,1	2,1	1,0	1,4
2017	1,7	5,3	1,8	2,0	7,3	1,3	1,5	2,1	-2,1	3,7	1,9	-3,2	8,3	3,3	3,8	-0,3	7,5	4,4	2,7
2018	5,9	6,1	2,0	1,7	4,7	4,8	3,3	1,8	5,1	9,5	2,6	-9,6	7,1	4,0	5,5	0,9	-6,3	1,1	3,8
2019	4,9	0,0	-6,6	1,8	-0,1	3,6	4,3	1,8	0,7	2,5	1,8	-0,5	4,6	2,2	2,8	1,6	4,5	3,2	2,4
2020	-3,2	-4,6	-5,0	-5,3	-0,9	-0,3	-3,2	-2,5	-1,3	-8,5	-6,0	-0,1	-2,1	-3,7	-4,3	-4,6	-3,7	-4,2	-3,6
2021	5,4	1,3	-2,0	2,3	0,8	3,5	2,2	9,2	-2,8	2,6	-2,7	-2,3	4,3	2,1	-0,3	-1,6	-0,2	-0,5	1,8
2022	4,8	5,2	-0,8	4,0	3,1	5,0	-0,8	6,1	-26,0	6,6	1,6	3,1	9,2	4,2	2,1	-2,1	13,7	5,0	3,1

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtsstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

t) Finanzierungssalden der Länder einschließlich Kommunen (Kernhaushalte)

in Mio. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH'	TH	FLL*	Lzus*
2012	2.278	2.437	-106	-3.052	-186	-876	-3.074	-1.976	-903	1.446	223	-571	389	-3.970	-4.385
2013	255	3.240	578	-1.223	262	-580	-2.534	-1.377	-734	1.334	360	-203	470	-1.52	-571
2014	1.054	2.980	120	-897	144	-840	-3.017	-1.590	-542	1.290	144	-552	360	-1.346	-458
2015	1.114	3.098	269	-225	402	-378	-1.119	-1.170	-415	153	627	-155	481	2.683	2.853
2016	1.639	3.463	290	791	510	592	873	-500	-290	707	741	3	737	9.556	9.982
2017	3.365	4.983	498	1.173	905	537	1.615	485	-4	1.042	438	314	1.099	16.449	18.452
2018	4.787	5.203	501	1.695	297	2.075	4.107	498	110	1.796	380	-1.928	986	20.506	21.032
2019	4.097	1.107	-1.271	1.458	150	1.064	4.209	655	5	327	48	-647	655	11.856	13.441
2020	-1.967	-3.859	-1.120	-218	-2.520	-3.639	-6.825	-1.049	-151	-636	-843	435	-328	-22.718	-25.084
2021	4.400	2.412	-471	3.512	840	-371	62	3.545	135	1.317	-2.591	-219	668	13.240	12.949
2022	6.724	6.911	287	2.770	682	4.201	249	2.423	-2.382	2.618	894	-309	1.491	26.558	29.653

in Euro je Einwohner															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH'	TH	FLL*	Lzus*
2012	216	195	-43	-508	-116	-113	-175	-495	-907	357	98	-204	179	-53	-55
2013	24	258	236	-203	164	-74	-144	-345	-740	330	160	-72	217	-2	-7
2014	99	236	49	-148	90	-107	-172	-397	-548	319	64	-196	167	-18	-6
2015	103	243	109	-37	251	-48	-63	-291	-419	38	281	-55	223	36	35
2016	150	269	117	128	317	74	49	-123	-291	173	331	1	341	125	121
2017	306	384	199	188	562	67	90	119	-4	255	196	109	510	215	223
2018	433	399	200	271	185	260	229	122	111	441	171	-667	459	267	254
2019	370	84	-505	232	93	133	235	160	5	80	22	-223	306	154	162
2020	-177	-294	-444	-35	-1.566	-455	-381	-256	-153	-156	-385	150	-154	-295	-302
2021	396	183	-186	559	521	-46	3	864	138	325	-1.193	-75	316	172	156
2022	598	518	112	435	419	518	14	584	-2.408	642	409	-105	702	341	353

Defizit-/Überschussquote in v. H.

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH'	TH	FLL*	Lzus*
2012	4,2	3,7	-0,7	-8,6	-1,8	-2,1	-3,1	-9,3	-15,6	6,3	1,6	-3,9	3,2	-1,0	-1,0
2013	0,4	4,6	3,8	-3,4	2,6	-1,4	-2,5	-6,3	-12,6	5,5	2,6	-1,3	3,7	0,0	-0,1
2014	1,8	4,1	0,8	-2,4	1,4	-1,9	-2,8	-7,0	-9,3	5,2	1,0	-3,5	2,8	-0,3	-0,1
2015	1,8	4,0	1,7	-0,6	3,9	-0,9	-1,0	-5,0	-6,9	0,6	4,4	-0,9	3,7	0,6	0,6
2016	2,5	4,3	1,8	1,9	4,9	1,3	0,8	-2,1	-4,7	2,8	5,2	0,0	5,6	2,0	1,9
2017	5,0	6,0	2,9	2,8	8,7	1,1	1,3	2,0	-0,1	4,0	3,0	1,7	8,3	3,3	3,4
2018	6,8	5,9	2,8	3,9	2,6	4,2	3,3	2,0	1,7	6,5	2,5	-9,0	7,1	4,0	3,7
2019	5,5	1,2	-6,4	3,2	2,0	2,0	3,3	2,5	0,1	1,2	0,3	-3,1	4,6	2,2	2,3
2020	-2,3	-3,7	-5,5	-0,4	-16,2	-6,1	-4,4	-3,7	-2,1	-2,1	-5,0	2,0	-2,1	-3,7	-3,8
2021	5,2	2,2	-2,2	6,7	6,0	-0,6	0,0	12,1	1,8	4,4	-13,2	-0,9	4,3	2,1	3,3
2022	7,7	6,4	1,3	5,2	4,7	7,1	0,2	8,1	-23,0	8,5	5,0	-1,2	9,2	4,2	4,6

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen
 1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.355 Mrd. € (814 €/Einwohner).
 2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2.442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

u) Schulden der Länderhaushalte (Kern- und Extrahaushalte)³

in Mrd. Euro																			
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	BE	HB	HH ²	STST [*]	Lzus [*]
2012	63,7	28,1	19,7	40,4	10,1	55,6	209,4	36,7	13,3	8,6	20,6	28,2	16,5	550,9	61,0	20,4	24,7	106,2	657,0
2013	65,4	26,4	18,9	39,9	9,9	56,5	192,0	40,6	13,9	8,8	20,5	27,7	16,2	536,7	60,5	21,0	25,3	106,8	643,5
2014	54,0	23,8	18,3	41,0	9,8	57,3	188,7	41,2	14,3	7,2	20,5	27,8	16,0	519,7	59,8	20,8	29,8	110,4	630,1
2015	54,4	21,4	18,3	42,6	9,5	61,0	184,9	41,8	14,4	6,1	20,1	27,5	15,9	517,8	58,6	22,6	30,1	111,3	629,2
2016	53,7	19,5	17,6	42,1	8,9	60,1	180,7	42,4	14,5	5,3	20,3	29,3	15,2	509,4	58,1	22,0	32,5	112,7	622,1
2017	46,9	17,0	16,5	40,5	8,4	60,1	173,7	36,6	14,3	4,8	20,2	29,5	15,4	483,9	56,7	21,5	33,9	112,2	596,0
2018	44,8	14,7	16,1	39,7	8,1	59,3	165,6	34,6	13,8	3,4	19,3	32,2	14,8	466,5	54,6	21,5	36,6	112,7	579,2
2019	45,3	13,0	16,6	40,2	8,2	58,6	168,6	32,7	14,2	2,8	20,0	32,1	14,8	466,9	54,1	21,7	36,0	111,9	578,8
2020	48,8	17,9	18,3	45,4	9,2	65,3	188,7	33,8	14,6	5,3	20,7	33,5	15,2	516,5	59,9	35,1	38,2	133,3	649,8
2021	48,0	20,0	18,8	43,8	9,4	65,3	196,0	32,6	14,6	6,0	22,1	34,3	16,0	527,0	62,1	33,3	38,4	133,7	660,7
2022	44,2	19,1	18,2	39,7	9,4	63,4	198,8	31,8	17,3	5,6	23,1	31,6	15,9	518,1	61,8	22,5	35,8	120,1	638,2

Jahr	in Euro je Einwohner																		Lzus*
	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH¹	TH	FLL*	BE	HB	HH²	STST*	
2012	6.043	2.252	8.042	6.728	6.280	7.145	11.938	9.193	13.318	2.127	9.104	10.049	7.586	7.376	18.250	31.252	14.347	18.556	8.172
2013	6.170	2.105	7.709	6.617	6.209	7.249	10.944	10.191	13.968	1.785	9.175	9.857	7.500	7.175	17.815	32.089	14.535	18.441	7.985
2014	5.057	1.882	7.449	6.768	6.105	7.330	10.724	10.288	14.440	1.780	9.173	9.845	7.433	6.922	17.391	31.656	17.016	18.884	7.787
2015	5.048	1.678	7.412	6.969	5.942	7.754	10.454	10.397	14.556	1.506	8.991	9.689	7.389	6.855	16.827	33.991	17.022	18.810	7.724
2016	4.912	1.516	7.069	6.812	5.511	7.563	10.106	10.447	14.520	1.290	9.067	10.174	7.021	6.675	16.362	32.578	18.095	18.699	7.555
2017	4.269	1.310	6.625	6.495	5.223	7.543	9.704	8.997	14.345	1.167	9.056	10.223	7.173	6.319	15.796	31.714	18.623	18.415	7.210
2018	4.051	1.127	6.430	6.359	5.059	7.436	9.246	8.488	13.935	841	8.700	11.120	6.893	6.079	15.050	31.658	19.934	18.350	6.988
2019	4.082	992	6.602	6.409	5.081	7.330	9.402	7.995	14.319	686	9.072	11.071	6.934	6.072	14.822	31.763	19.548	18.105	6.967
2020	4.392	1.364	7.237	7.225	5.721	8.165	10.522	8.247	14.816	1.293	9.464	11.520	7.162	6.714	16.367	51.616	20.721	21.537	7.817
2021	4.323	1.519	7.436	6.969	5.865	8.150	10.944	7.954	14.873	1.473	10.181	11.780	7.566	6.849	16.945	49.248	20.737	21.602	7.948
2022	3.931	1.433	7.112	6.223	5.774	7.813	10.998	7.669	17.506	1.360	10.583	10.712	7.490	6.659	16.594	33.013	19.103	19.121	7.590

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen

1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,355 Mrd. € (814 €/Einwohner).

2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).

3 Ab der Ausgabe 2023 ist der ausgewiesene Schuldenstand zusätzlich zu den Kassenkrediten auch um die Kredite beim Bund bereinigt

v) Schulden der Länder (Kern- und Extrahaushalte) einschließlich kommunale Kernhaushalte³

in Mrd. Euro															
Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	Lzus [*]
2012	71,1	42,5	21,2	52,9	11,9	64,5	236,8	42,5	14,5	13,4	23,0	31,6	18,6	644,5	750,7
2013	72,5	40,4	20,3	52,7	11,7	65,5	218,1	46,7	15,2	13,6	22,6	31,3	19,2	629,9	736,7
2014	61,4	37,8	19,7	54,8	11,5	67,1	215,6	47,7	16,0	12,0	22,5	31,5	18,9	616,5	726,9
2015	64,5	35,8	19,7	56,4	11,3	72,2	215,0	48,6	16,1	10,8	21,9	31,5	18,7	622,6	733,9
2016	64,1	33,6	18,9	55,6	10,6	72,4	211,1	49,4	16,1	9,0	22,0	33,4	17,9	614,1	726,8
2017	56,9	30,6	17,9	53,5	10,1	72,4	204,1	43,9	15,9	8,2	21,8	33,6	18,4	587,2	699,4
2018	55,0	27,8	17,4	53,6	9,7	72,8	196,5	42,9	15,5	6,6	20,7	36,4	17,5	572,4	685,1
2019	55,4	25,8	17,9	54,6	9,8	71,9	201,2	40,7	15,9	5,9	21,4	36,5	17,5	574,4	686,3
2020	59,4	32,0	19,5	60,5	10,8	79,1	221,9	41,7	16,4	7,7	22,0	38,1	17,7	626,9	760,1
2021	59,5	34,6	20,1	59,5	11,0	79,9	229,7	40,4	16,4	8,3	23,6	39,1	18,4	640,5	774,2
2022	56,6	35,6	19,6	56,3	11,1	79,7	233,7	39,9	19,2	8,1	24,9	36,6	18,1	639,3	759,4

in Euro je Einwohner

Jahr	BW	BY	BB	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH ¹	TH	FLL [*]	Lzus [*]
2012	6.743	3.408	8.645	8.819	7.426	8.287	13.497	10.643	14.585	3.311	10.127	11.269	8.567	8.630	9.337
2013	6.845	3.219	8.289	8.741	7.327	8.411	12.431	11.710	15.304	3.364	10.055	11.155	8.877	8.421	9.141
2014	5.749	2.994	8.022	9.044	7.214	8.582	12.257	11.915	16.123	2.975	10.046	11.175	8.765	8.211	8.982
2015	5.988	2.810	7.981	9.223	7.078	9.187	12.159	12.089	16.272	2.671	9.824	11.078	8.677	8.242	9.010
2016	5.868	2.611	7.606	9.008	6.582	9.106	11.807	12.160	16.154	2.205	9.818	11.602	8.282	8.046	8.826
2017	5.179	2.358	7.149	8.585	6.261	9.096	11.407	10.777	15.993	2.006	9.756	11.652	8.546	7.669	8.461
2018	4.973	2.135	6.946	8.572	6.057	9.122	10.967	10.522	15.654	1.608	9.354	12.579	8.176	7.458	8.265
2019	4.997	1.973	7.113	8.703	6.095	8.996	11.224	9.960	16.044	1.437	9.707	12.582	8.166	7.471	8.262
2020	5.354	2.435	7.722	9.615	6.703	9.898	12.376	10.198	16.602	1.898	10.082	13.094	8.350	8.148	9.145
2021	5.357	2.631	7.925	9.480	6.844	9.968	12.827	9.858	16.702	2.046	10.862	13.404	8.690	8.324	9.313
2022	5.035	2.673	7.643	8.842	6.805	9.818	12.928	9.603	19.403	1.988	11.368	12.440	8.507	8.218	9.032

* FLL = Flächenländer; STST = Stadtstaaten; Lzus = alle Länder zusammen
 1 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,355 Mrd. € (814 €/Einwohner).
 2 Im Jahr 2018 einschließlich Sondereffekt wegen Verkaufs der HSH-Nordbank in Höhe von 2,442 Mrd. € (1331 €/Einwohner).
 3 Ab der Ausgabe 2023 ist der ausgewiesene Schuldenstand zusätzlich zu den Kassenkrediten auch um die Kredite beim Bund bereinigt

5. Der bundesstaatliche Finanzausgleich

5.1 Deckungsquoten- berechnung nach Art. 106 Abs. 3 und 4 GG

Die Bedeutung der Deckungsquotenberechnungen für die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern ergibt sich aus Artikel 106 Absatz 3 und 4 Grundgesetz. Dort ist als Grundsatz zur Verteilung des Umsatzeinkommens festgelegt, dass Bund und Länder im Rahmen ihrer laufenden Einnahmen gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben haben.

Die Deckungsquote ist das rechnerische Verhältnis von Einnahmen zu den Ausgaben. Auf Landesebene werden die Kommunen einbezogen, wobei eine Bereinigung um die Finanzströme zwischen Land und Kommunen (insbesondere den kommunalen Finanzausgleich) erfolgt.

5.2 Deckungsquoten von Bund und Ländern (einschl. Gemeinden) 2005–2022

Jahr	Bund			Länder/Gemeinden		
	Ausgaben Mrd. Euro	Einnahmen ¹ Mrd. Euro	Deckungs- quote (v. H.)	Ausgaben Mrd. Euro	Einnahmen ¹ Mrd. Euro	Deckungs- quote (v. H.)
2005	259,8	228,6	88,0	357,6	331,7	92,8
2006	261,0	233,1	89,3	360,4	352,8	97,9
2007	270,4	256,1	94,7	365,1	380,3	104,2
2008	282,3	270,7	95,9	378,0	386,1	102,1
2009	292,3	258,1	88,3	397,6	363,0	91,3
2010	303,7	259,6	85,5	400,0	372,4	93,1
2011	296,2	278,8	94,1	410,7	399,5	97,3
2012	306,8	284,2	92,7	414,5	411,4	99,2
2013	307,8	285,7	92,8	428,5	428,0	99,9
2014	295,5	295,4	100,0	442,6	443,4	100,2
2015	299,3	311,4	104,1	459,8	463,6	100,8
2016	310,6	317,1	102,1	478,5	491,1	102,6
2017	325,4	330,7	101,6	490,5	512,3	104,5
2018	336,7	347,9	103,3	517,1	539,3	104,3
2019	343,2	356,7	103,9	541,3	556,1	102,7
2020	441,8	311,3	70,5	620,9	581,6	93,7
2021	556,6	341,2	61,3	640,4	621,6	98,0
2022	480,7	364,7	75,9	655,8	662,5	102,2

1 Einschließlich Münzeinnahmen

5.3 Kurzdarstellung des geltenden Finanzausgleichssystems

Nach Artikel 107 GG i. V. m. dem Finanzausgleichsgesetz wird der Umsatzsteueranteil der Länder mit dem Ziel des Finanzkraftausgleichs verteilt. Bei einer grundsätzlich nach den Einwohnerverhältnissen vorgenommenen horizontalen Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer erhalten finanzschwache Länder Zuschläge, während überdurchschnittlich finanzstarke Länder Abschläge hinzunehmen haben. Die Summe der gewährten Zuschläge gleicht der Summe der Abschläge, da beide nach einem linearen Tarif berechnet werden, der 63 Prozent der Lücke (positiv oder negativ) zwischen der Finanzkraft eines Landes und der länderdurchschnittlichen Finanzkraft – der Ausgleichsmesszahl – schließt.

5.3.1 Finanzkraftmesszahl

Die Finanzkraftmesszahl ist die Summe aus

- den Steuereinnahmen des einzelnen Landes abzüglich 12 % der im Ländervergleich überdurchschnittlichen Zuwächse des einzelnen Landes bei den Pro-Kopf-Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr (ohne Umsatzsteuer);
- den Einnahmen des einzelnen Landes aus der Förderabgabe zu 33 % und
- den Gemeindesteuereinnahmen in dem einzelnen Land;
Ansatz von 75 % der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) und an der Umsatzsteuer sowie 75 % der Realsteuereinnahmen (nach bundeseinheitlich normierten Hebesätzen) abzüglich 75 % der Gewerbesteuerumlage („Normalumlage“).

5.3.2 Ausgleichsmesszahl

Die Ausgleichsmesszahl entspricht der Summe aus

- der Messzahl zum Ausgleich der Landessteuereinnahmen
 - › bundesdurchschnittliche Landessteuereinnahmen aller Länder pro Kopf, bezogen auf das einzelne Land
 - › dabei Zugrundelegung einer Einwohnerwertung für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit je 135 %

und

- der Messzahl zum Ausgleich der Gemeindesteuereinnahmen
 - › bundesdurchschnittliche Gemeindesteuereinnahmen aller Länder pro Kopf, bezogen auf das jeweilige Land
 - › dabei Wertung der Einwohnerzahlen der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit je 135 %, des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit 105 %, des Landes Brandenburg mit 103 % und des Landes Sachsen-Anhalt mit 102 %

5.3.3 Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)

Allgemeine BEZ zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs für alle leistungsschwachen Länder in Höhe von 80 % der nach Durchführung des Finanzkraftausgleichs verbliebenen Fehlbeträge zu 99,75 % der Ausgleichsmesszahl.

Sonderbedarfs-BEZ erhalten

- › die neuen Länder (ohne Berlin) wegen hoher struktureller Arbeitslosigkeit (im Zusammenhang mit Hartz IV; Volumen 1,0 Mrd. Euro p. a. bis 2011, rd. 0,7 Mrd. Euro p. a. für 2012 und 2013, rd. 0,8 Mrd. Euro p. a. für 2014 bis 2016, rd. 0,5 Mrd. Euro für 2017 bis 2019, rd. 0,3 Mrd. Euro p. a. für 2020 bis 2022)
- › die zehn leistungsschwachen kleineren Länder wegen überproportional hoher Kosten politischer Führung (Volumen rd. 0,5 Mrd. Euro bis 2019, rd. 0,6 Mrd. Euro p. a. ab 2020).

- › Finanzschwache Länder mit unterdurchschnittlicher kommunaler Steuerkraft erhalten weitere 53,5 Prozent der Differenz, die zwischen der in ihren Kommunen angefallenen Steuerkraft und 80 Prozent der bundesdurchschnittlichen Kommunalsteuerkraft besteht.
- › Finanzschwache Länder, die bei der Vergabe von Forschungsförderungsmitteln gem. Art. 91b GG im dem Ausgleichsjahr sieben Jahre vorausgehenden Jahr nur unterdurchschnittlich hohe Nettozuweisungen bekamen, erhalten weitere Zuweisungen in Höhe von 35 Prozent der Differenz zwischen dem von ihnen erhaltenen Forschungsnettozufluss und 95 Prozent des bundesdurchschnittlich verzeichneten Forschungsnettozuflusses. Ihre Gewährung erfolgt zweckungebunden, es handelt sich nicht um Mittel einer gezielten Forschungsförderung.

5.4 Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Finanzkraftausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen

a) Steuern der Länder nach dem Aufkommen

Länderanteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Einnahmen aus Landessteuern

b) Länderanteile an der Umsatzsteuer

c) Finanzkraft der Länder vor dem Finanzkraftausgleich

d) Abschläge (-) und Zuschläge (+) im Finanzkraftausgleich

e) Finanzkraft der Länder nach dem Finanzkraftausgleich

f) Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)

g) Finanzkraft nach Finanzkraftausgleich und allgemeinen und Gemeindesteuerkraft-BEZ

a) Steuern der Länder nach dem Aufkommen

Länderanteile an Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Einnahmen aus Landessteuern

1. Steuern der Länder nach dem Aufkommen in Mio. Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	37.919	36.569	26.826	14.665	15.745	5.350	8.182	2.662	5.796	2.575	3.911	2.063	1.579	7.984	5.859	1.301	178.987
2021*	42.403	42.111	30.671	16.646	19.201	5.967	10.651	2.832	6.354	2.846	4.437	2.309	1.729	9.627	7.081	1.475	206.340
2022*	42.653	44.090	32.542	17.930	18.939	6.194	10.355	3.223	6.905	3.028	4.627	2.403	1.785	10.453	8.294	1.434	214.855

2. Steuern der Länder nach dem Aufkommen je Einwohner in Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	2.115	2.787	2.416	1.834	2.504	1.317	1.999	1.218	1.994	1.212	1.549	1.282	1.603	2.180	3.175	1.915	2.153
2021*	2.368	3.201	2.761	2.077	3.057	1.475	2.597	1.303	2.180	1.347	1.752	1.433	1.759	2.627	3.827	2.185	2.482
2022*	2.359	3.307	2.896	2.210	2.972	1.518	2.495	1.474	2.344	1.427	1.803	1.477	1.805	2.806	4.423	2.108	2.555

3. Steuern der Länder nach dem Aufkommen je Einwohner in Prozent des Durchschnitts

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	98,2	129,4	112,2	85,2	116,3	61,1	92,8	56,5	92,6	56,3	71,9	59,5	74,4	101,2	147,5	88,9	100,0
2021*	95,4	129,0	111,2	83,7	123,2	59,4	104,6	52,5	87,8	54,3	70,6	57,7	70,9	105,9	154,2	88,0	100,0
2022*	92,3	129,4	113,3	86,5	116,3	59,4	97,6	57,7	91,7	55,8	70,6	57,8	70,6	109,8	173,1	82,5	100,0

* vorläufig

b) Länderanteile an der Umsatzsteuer

1. Verteilung nach Einwohnern in Mio. Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	25.032	18.320	15.498	11.162	8.779	5.672	5.713	3.053	4.057	2.967	3.525	2.247	1.375	5.113	2.576	949	116.037
2021*	27.681	20.337	17.176	12.391	9.711	6.253	6.340	3.359	4.506	3.266	3.915	2.490	1.520	5.665	2.860	1.044	128.515
2022*	30.951	22.824	19.237	13.893	10.908	6.985	7.106	3.743	5.044	3.634	4.393	2.786	1.694	6.379	3.210	1.164	143.952

2. Verteilung je Einwohner in Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396	1.396
2021*	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546	1.546
2022*	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712	1.712

c) Finanzkraft der Länder vor dem Finanzkraftausgleich

1. Finanzkraftmesszahl in Mio. Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	79.343	69.677	54.342	32.603	31.496	13.457	17.353	7.025	12.425	6.786	9.294	5.237	3.652	16.121	11.158	2.879	372.848
2021*	88.751	79.790	61.638	36.836	36.890	15.002	20.856	7.712	13.996	7.562	10.501	5.994	4.075	18.889	12.791	3.213	424.497
2022*	93.635	86.159	66.522	40.075	38.854	16.333	22.121	8.460	15.106	8.178	11.352	6.402	4.315	20.871	14.680	3.446	456.509

2. Finanzkraftmesszahl in Prozent der Ausgleichsmesszahl

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	101,3	121,5	112,0	93,3	114,6	75,8	97,0	73,2	97,8	73,1	83,7	73,7	84,9	74,6	102,5	71,8	100,0
2021*	99,6	121,9	111,5	92,4	118,1	74,6	102,2	71,1	96,5	72,0	82,8	74,0	83,3	76,8	102,9	70,9	100,0
2022*	97,9	122,2	111,9	93,4	115,3	75,7	100,8	72,9	97,0	72,9	83,1	73,6	82,5	78,5	109,7	71,0	100,0

* vorläufig

d) Abschläge (-) und Zuschläge (+) im Finanzkraftausgleich**1. Abschläge (-) und -Zuschläge (+) im Finanzkraftausgleich in Mio. Euro**

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	-624	-7.771	-3.674	1.471	-2.531	2.708	334	1.619	172	1.576	1.139	1.177	411	3.454	-172	712	± 14.772
2021*	200	-9.044	-4.015	1.911	-3.556	3.225	-287	1.978	317	1.856	1.370	1.326	514	3.602	-230	832	± 17.132
2022*	1.241	-9.865	-4.473	1.789	-3.250	3.304	-107	1.986	299	1.919	1.452	1.447	577	3.609	-814	888	± 18.509

2. Abschläge (-) und -Zuschläge (+) im Finanzkraftausgleich je Einwohner in Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	-35	-592	-331	184	-402	666	82	740	59	741	451	731	417	943	-93	1.047	---
2021*	11	-687	-361	238	-566	797	-70	911	109	879	541	823	523	983	-125	1.233	---
2022*	69	-740	-398	220	-510	810	-26	908	101	904	566	889	584	969	-434	1.306	---

e) Finanzkraft der Länder nach dem Finanzkraftausgleich**1. Finanzkraft nach Finanzkraftausgleich in Mio. Euro**

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	78.719	61.907	50.668	34.075	28.965	16.165	17.687	8.644	12.598	8.362	10.432	6.414	4.062	19.576	10.986	3.590	372.848
2021*	88.950	70.747	57.624	38.748	33.334	18.227	20.569	9.691	14.313	9.418	11.871	7.319	4.589	22.490	12.560	4.045	424.497
2022*	94.875	76.295	62.049	41.864	35.604	19.637	22.014	10.445	15.405	10.097	12.804	7.849	4.892	24.480	13.866	4.334	456.509

2. Abschläge (-) und -Zuschläge (+) im Finanzkraftausgleich je Einwohner in Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	100,5	108,0	104,4	97,5	105,4	91,0	98,9	90,1	99,2	90,0	94,0	90,3	94,4	90,6	100,9	89,6	100,0
2021*	99,9	108,1	104,3	97,2	106,7	90,6	100,8	89,3	98,7	89,6	93,7	90,4	93,8	91,4	101,1	89,2	100,0
2022*	99,2	108,2	104,4	97,6	105,7	91,0	100,3	90,0	98,9	90,0	93,8	90,2	93,5	92,0	103,6	89,3	100,0

* vorläufig

f) Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)

Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) 2020 in Mio. Euro																	
	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
BEZ insgesamt	0	0	0	683	0	1.803	241	1.105	129	1.107	673	841	277	1.639	0	387	8.885
davon:																	
Allgemeine BEZ*	0	0	0	621	0	1.237	121	741	56	722	513	539	184	1.580	0	326	6.640
SoBEZ strukturelle Arbeitslosigkeit	0	0	0	0	0	85	0	50	0	47	51	34	0	0	0	0	268
SoBEZ Kosten pol. Führung	0	0	0	0	0	47	48	71	66	71	81	72	66	59	0	60	642
Gemeindesteuerkraft-BEZ*	0	0	0	0	0	434	0	230	0	248	25	191	23	0	0	0	1.151
BEZ zum durchschnittsorientierten Forschungsförderungsausgleich*	0	0	0	62	0	0	72	12	7	19	3	5	3	0	0	0	184

Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) 2021 in Mio. Euro

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
BEZ insgesamt	0	0	0	880	0	2.123	48	1.301	200	1.262	783	865	323	1.702	0	442	9.928
davon:																	
Allgemeine BEZ *	0	0	0	818	0	1.475	0	908	120	851	618	607	232	1.643	0	382	7.654
SoBEZ strukturelle Arbeitslosigkeit	0	0	0	0	0	85	0	50	0	47	51	34	0	0	0	0	268
SoBEZ Kosten pol. Führung	0	0	0	0	0	47	48	71	66	71	81	72	66	59	0	60	642
Gemeindesteuerkraft-BEZ *	0	0	0	0	0	515	0	257	0	271	31	143	19	0	0	0	1.236
BEZ zum durchschnittsorientierten Forschungsförderungsausgleich *	0	0	0	61	0	0	0	15	14	21	2	9	6	0	0	0	128

Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) 2022 in Mio. Euro

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
BEZ insgesamt	489	0	0	809	0	2.107	48	1.403	197	1.340	829	992	394	1.701	0	468	10.778
davon:																	
Allgemeine BEZ*	392	0	0	755	0	1.509	0	910	109	879	655	663	261	1.642	0	407	8.181
SoBEZ strukturelle Arbeitslosigkeit	0	0	0	0	0	85	0	50	0	47	51	34	0	0	0	0	268
SoBEZ Kosten pol. Führung	0	0	0	0	0	47	48	71	66	71	81	72	66	59	0	60	642
Gemeindesteuerkraft- BEZ*	0	0	0	0	0	465	0	365	0	324	43	218	62	0	0	0	1.477
BEZ zum durchschnittsorientierten Forschungsförderungsausgleich*	97	0	0	54	0	0	0	7	22	19	0	5	5	0	0	0	210

* vorläufig

g) Finanzkraft nach Finanzkraftausgleich und allgemeinen und Gemeindesteuerkraft-BEZ

1. Finanzkraftmesszahl nach Finanzkraftausgleich, allgemeinen und Gemeindesteuerkraft-BEZ in Mio. Euro

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	78.719	61.907	50.668	34.696	28.965	17.835	17.808	9.615	12.653	9.331	10.970	7.144	4.270	21.155	10.986	3.917	380.639
2021*	88.950	70.747	57.624	39.566	33.334	20.217	20.569	10.856	14.433	10.541	12.521	8.069	4.840	24.133	12.560	4.427	433.387
2022*	95.267	76.295	62.049	42.619	35.604	21.611	22.014	11.720	15.514	11.300	13.501	8.730	5.215	26.122	13.866	4.741	466.167

2. Finanzkraftmesszahl nach Finanzkraftausgleich, allgemeinen und Gemeindesteuerkraft-BEZ in Prozent der Ausgleichsmesszahl

Jahr	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	Insgesamt
2020*	100,5	108,0	104,4	99,3	105,4	100,5	99,6	100,2	99,6	100,5	98,8	100,5	99,2	97,9	100,9	97,7	102,1
2021*	99,9	108,1	104,3	99,2	106,7	100,5	100,8	100,0	99,5	100,3	98,8	99,6	98,9	98,1	101,1	97,6	102,1
2022*	99,6	108,2	104,4	99,3	105,7	100,2	100,3	100,9	99,6	100,7	98,9	100,4	99,7	98,2	103,6	97,7	102,1

* vorläufig

6. Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände

6.1 Die Steuereinnahmen der Gemeinden

Ab 1949

- Fakultative Beteiligung am Aufkommen der Landessteuern nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung:
 - › Grundsteuer A und B
 - › Gewerbesteuer (Ertrag, Kapital, Lohnsumme)
 - › Einkommensteuer
 - › Körperschaftsteuer
 - › Vermögensteuer
 - › Erbschaftsteuer
 - › Verkehrssteuern (ohne Umsatzsteuer und Beförderungsteuer)
 - › Biersteuer
 - › Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis

Änderungen ab 1958

- Zuweisung des Aufkommens der Grundsteuer an die Gemeinden
- Zuweisung des Aufkommens der Gewerbesteuer an die Gemeinden
- Zwingende Beteiligung an den Einnahmen der Länder aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung
- Fakultative Beteiligung an den übrigen Landessteuern nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung

Änderungen ab 1970

- Direkte Zuweisung eines Anteils am Aufkommen der Einkommensteuer in Höhe von 14 % an die Gemeinden
- Abführung einer Gewerbesteuerumlage (zunächst hälftig an Bund und Länder)

- Zuweisung des Aufkommens an örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern an die Gemeinden
- Zwingende zusätzliche Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen der Länder aus der neu als Gemeinschaftsteuer fungierenden Umsatzsteuer nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung

Änderungen ab 1980

- Abschaffung der Lohnsummensteuer
- Erhöhung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Einkommensteuer auf 15 %

Änderung ab 1993

- Direkte Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen des Zinsabschlags mit 12 %

Änderungen ab 1998

- Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer
- Als Kompensation hierfür: Direkte Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Umsatzsteuer mit 2,2 % des nach Vorwegabzügen für den Bund verbleibenden Aufkommens

Änderungen ab 2009

- Direkte Beteiligung der Gemeinden mit 12 % am Aufkommen der Teile der Abgeltungssteuer, die bislang dem Zinsabschlag unterlagen

Änderungen ab 2015

- Zusätzlich zu der direkten Beteiligung werden die Gemeinden über einen „Festbetrag“ am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt¹

¹ Der Festbetrag wurde im Zusammenhang mit der 5-Mrd. €-Entlastung der Kommunen ab 2018 bereits im Vorgriff hierauf eingeführt. Er wurde seither mehrfach geändert, die jährlichen Änderungen sind hier nicht im Einzelnen dargestellt.

Änderungen ab 2020

- Wegfall der Vorababzüge für den Bund bei der vertikalen Umsatzsteuerverteilung, als Folge aufkommensneutrale Anpassung der direkten Beteiligung der Gemeinden am Gesamtaufkommen Umsatzsteuer auf rd. 2 %.

Somit Stand 2023

- Ertragshoheit an den Realsteuern (Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer)
- Abführung einer Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder (Bundesvervielfältiger 14,5 %, Landesvervielfältiger 20,5 %)
- Direkte Beteiligung am Aufkommen an Lohnsteuer und an veranlagter Einkommensteuer mit 15 %
- Direkte Beteiligung am Aufkommen an Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bis 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes mit 12 %
- Direkte Beteiligung am Aufkommen der Umsatzsteuer mit rd. 2 %, zuzüglich eines „Festbetrages“ von 2,4 Mrd. Euro
- Zwingende Beteiligung an den Einnahmen der Länder aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung
- Fakultative Beteiligung an den übrigen Landessteuern nach Maßgabe der jeweiligen Landesgesetzgebung
- Ertragshoheit an den örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern

6.2 Gemeindehaushalts-wesen im Überblick

1. Rechtsgrundlagen

Die wesentlichen Bestimmungen zur Planung, Aufstellung, Ausführung und Abrechnung des kommunalen Haushalts sind in den Gemeindeordnungen (GO) / Kommunalverfassungen der Länder kodifiziert. Zur Regelung der Einzelheiten haben die Innenminister Rechtsverordnungen erlassen, von denen die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) die für die kommunale Haushaltswirtschaft bedeutendste ist. Die GemHVO enthalten u.a. verbindliche Angaben für die Gestaltung der Haushaltspläne. Durch gesonderte Verordnungen wird z.B. die Kassenwirtschaft (Gemeindekassenverordnung) oder die Führung von Eigenbetrieben (Eigenbetriebsverordnung) geregelt. Die Haushaltswirtschaft der Gemeinde vollzieht sich auf der Grundlage der Haushaltssatzung, die von der Gemeinde für jedes Jahr neu zu beschließen ist. Durch sie werden in kameralistisch buchenden Kommunen der Haushaltsplan, der Höchstbetrag der Kassenkredite und die Steuersätze festgesetzt. Die doppisch buchenden Kommunen veranschlagen in der Haushaltssatzung die Ansätze für Erträge, Einzahlungen, Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen.

2. Haushaltsgrundsätze

Die für die kommunale Haushaltswirtschaft anzuwendenden Haushaltsgrundsätze entsprechen inhaltlich weitgehend den Regelungen, die für Bund und Länder gelten. Sie sind in der GO niedergeschrieben.

Anders als Bund und Länder sind die Kommunen an besondere Grundsätze der Einnahmehbeschaffung gebunden. Danach sind die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Einnahmen soweit vertretbar und geboten zunächst aus speziellen Entgelten (Gebühren, Beiträge, privatrechtliche Entgelte) für kommunal erbrachte Leistungen zu beschaffen, im Übrigen aus Steuern, soweit die sonstigen Einnahmen (u. a. Entnahmen aus Rücklagen,

Kostenerstattungen, allgemeine Finanzzuweisungen vom Land) nicht ausreichen. Kredite dürfen als letztrangiges Deckungsmittel nur aufgenommen werden, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.

3. Kameralistische Haushaltssystematik

Anders als der Einheitshaushalt von Bund und Ländern ist der kommunale Haushalt in einen Verwaltungs- und einen Vermögenshaushalt unterteilt. Im Vermögenshaushalt werden die vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben (u.a. Investitionsausgaben, Kreditaufnahmen und -tilgungen) nachgewiesen; die übrigen, vermögensunwirksamen Zahlungsströme erscheinen im Verwaltungshaushalt. Im Regelfall wird ein Einnahmeüberschuss des Verwaltungshaushalts dem Vermögenshaushalt zugeführt und dort u. a. zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt.

4. Neues kommunales Rechnungswesen

Die von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 11.6.1999 verabschiedete „Konzeption zur Reform des Kommunalen Haushaltsrechts“ sah vor, neben einem reformierten kameralistischen Haushalts- und Rechnungswesen ein doppeltes Haushalts- und Rechnungssystem (auf der Grundlage der kaufmännisch doppelten Buchführung) bereitzustellen. Zielsetzungen waren:

- der Einsatz betriebswirtschaftlicher Instrumente und Methoden,
- die Output-Orientierung der Verwaltungsleistungen in Produktform als Grundlage für Zielvereinbarungen sowie für die Kostenermittlung und -zuordnung,
- die Darstellung des vollständigen, mit der Leistungserstellung verbundenen Ressourceneinsatzes,
- eine veränderte Darstellung des Haushaltsplans nach den Erfordernissen der dezentralen Ressourcenverantwortung, z. B. in Budgetform,
- eine verstärkte Dezentralisierung der Bewirtschaftungsbefugnis für den Ressourceneinsatz auf der Fachebene,

- die Entwicklung von Kennzahlen über Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen als Information für die Verwaltungssteuerung,
- ein Berichtswesen auch für unterjährige Berichte über die Erreichung der Leistungsziele (Controlling) als Steuerungsinstrument zur Unterstützung der dezentralen Ressourcenverantwortung innerhalb der Verwaltung und gegenüber dem Rat,
- die Gesamtdarstellung von Ressourcenaufkommen und Ressourcenverbrauch sowie der Vermögens- und Kapitalposition (konsolidierter Gesamtabchluss).

Kern dieser Konzeption war es, den Kommunen zu ermöglichen, vom kameralistischen Geldverbrauchskonzept (weist in erster Linie die Bewirtschaftung von Einnahmen und Ausgaben nach) zu einem Ressourcenverbrauchskonzept (weist den zur Bereitstellung der Verwaltungsleistungen notwendigen Ressourcenaufwand und das Ressourcenaufkommen nach) überzugehen. Dieses Ziel wurde auf zwei Wegen verwirklicht:

- durch Weiterentwicklung des kameralistischen Haushaltsrechts und
- durch Bereitstellung eines neuen Haushaltsrechts auf der Grundlage der doppelten Buchführung („Doppik“).

Mit der Einführung der „Doppik“ werden nun Abschreibungen, eine jährliche Bilanz sowie die Erfassung und Bewertung des gesamten Vermögens und der Schulden (einschließlich der Pensionsrückstellungen) in die kommunale Haushaltswirtschaft integriert. Zugleich wird weiterhin an die Tradition des öffentlichen Haushaltsrechts angeknüpft (Haushaltsgrundsätze, Budgetrecht des Rates, Haushaltsplan oder Jährlichkeitsprinzip).

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2009 sind die gesetzlichen Regelungen für eine doppelte Haushaltswirtschaft in den dreizehn Flächenländern in Kraft getreten. Die Länder sehen unterschiedlich lange Übergangsfristen vor. Ausgehend vom Jahr 2007 lagen diese zwischen zwei (in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) und dreizehn Jahren (in Baden-Württemberg).

Zehn der 13 Flächenländer lassen ausschließlich die doppische Haushaltswirtschaft zu. Schleswig-Holstein räumt seinen Kommunen ein Wahlrecht zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik ein. Die Freistaaten Bayern und Thüringen behalten abweichend vom Beschluss der Innenministerkonferenz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts die bisherige Kameralistik bei, ermöglichen ihren Kommunen aber auf freiwilliger Basis die Einführung der Doppik.

Bei der Einführung des doppischen Rechnungswesens entstanden viele verschiedene Lösungen. So gibt es zwischen den Bundesländern erhebliche Unterschiede in den eingeführten Systemen, deren Rechtsgrundlagen, Darstellungsformen und Begriffsdefinitionen. Ein länderübergreifender Vergleich der Kommunen wird dadurch erschwert.

Die wesentlichen Merkmale des doppischen Haushalts- und Rechnungswesens sind:

Haushaltsgliederung in Produktbereiche

Grundlage des neuen Haushalts- und Rechnungswesens ist die produktorientierte Gliederung des Planungs- und Rechenstoffs. Produkte werden zu Produktgruppen zusammengefasst, die wiederum Produktbereichen zugeordnet werden.

Haushaltsplan

Maßgebliche Bestandteile des doppischen Haushaltsplans sind der Finanz- und Ergebnisplan. Der Finanzplan enthält die geplanten Ein- und Auszahlungen, also alle kassenwirksamen Vorgänge. Im Ergebnisplan werden Aufwendungen und Erträge – unabhängig davon, ob sie kassenwirksam sind oder nicht – veranschlagt.

Teilfinanzpläne

Zusätzlich sind für die Produktbereiche bzw. die Produkte, die einem übergeordneten Organisationsbereich zugeordnet wurden, Teilfinanzpläne zu erstellen.

Dreigliedriges Rechnungssystem

Die Kommunen sind in den meisten Ländern gehalten, laufend die Konten dreier Rechenwerke zu bebuchten: der Vermögensrechnung (Bilanz), der Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) und der Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung/Cashflow-Rechnung)

Budgetierung:

Budgetierung bezweckt eine Dezentralisierung der Finanzverantwortung und soll eine flexiblere Mittelbewirtschaftung ermöglichen. Verwaltungsbereichen werden im Rahmen definierter Aufgaben oder vereinbarter Ziele Finanzmittel zur weitgehend eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugeteilt.

Budgetierung verfolgt die nachstehenden Ziele:

- Kostenbewusstsein
- Optimierungspotenzial
- Motivation

Outputorientierte Budgetierung:

Bei der outputorientierten Budgetierung hingegen werden dezentrale Finanzverantwortung und Leistungsziele systematisch miteinander verbunden. Die Politik steuert das Verwaltungshandeln über kombinierte Leistungs- und Ressourcenvorgaben. Voraussetzung hierfür ist eine entsprechend ausgebaute Kosten- und Leistungsrechnung, die die notwendigen Daten für die Planung der Produktbudgets und das Controlling der Leistungserstellung bereitstellt.

Kosten- und Leistungsrechnung:

Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wird in den meisten Landesregelungen empfohlen oder gar verbindlich vorgeschrieben. Konkrete Hinweise für die Ausgestaltung der KLR enthalten die Regelungen jedoch nicht.

Wichtige Anwendungsbereiche der KLR sind die Gebührenkalkulation, die Ermittlung von Budgetinformationen sowie die Bestimmung von internen Leistungsverrechnungen.

6.3 Der kommunale Finanzausgleich

Trotz breit gefächelter Einnahmequellen bestehen erhebliche Unterschiede in der Finanzlage einzelner Städte und Gemeinden, auch bei gleicher Funktion und Größe. Um die Finanzierung der kommunalen Aufgaben (insbesondere der Daseinsvorsorge) in adäquater Höhe sicherzustellen, ist ein kommunaler Finanzausgleich (FAG) auf Landesebene notwendig, der die anderen kommunalen Einnahmen, insbesondere das gemeindliche Steuersystem, ergänzt. Dieser Finanzausgleich erfüllt mehrere Ausgleichsfunktionen.

Er hat die fiskalische Funktion, unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Aufgabenbelastung allen Gemeinden eines Landes eine finanzielle Mindestausstattung zu gewährleisten (vertikale, quantitative Dimension). Zudem dient er dazu, übermäßige Finanzkraftunterschiede zwischen den einzelnen Kommunen anzugleichen (redistributive Funktion, horizontale Dimension). Dabei geht es nur darum, die strukturbedingten Unterschiede - nicht aber die selbst zu verantwortenden Unterschiede - zwischen den Kommunen abzubauen. Finanzschwache Gemeinden erhalten deshalb regelmäßig verhältnismäßig höhere Zuweisungen als finanzstarke Gemeinden, die besser mit Steuereinnahmen ausgestattet sind.

Entsprechend sieht der kommunale FAG eine **vertikale Komponente** vor, bei der der Umfang der finanziellen Mittel für die kommunale Ebene (Finanzausgleichsmasse) bestimmt wird. Die Finanzausgleichsmasse wird dann möglichst bedarfsgerecht auf die einzelnen Städte, Gemeinden verteilt (**horizontale Komponente**). Die vertikale und horizontale Verteilung der Finanzausgleichsmittel an die Kommunen ist Aufgabe des Landes. Übergeordnetes Verteilungsprinzip ist die Bedarfsdeckung.

Im Grundgesetz ist die der kommunale Finanzausgleich seit 1956 in Artikel 106 Absatz 7 verankert. Nach Art. 106 Abs. 7 Satz 1 GG fließt den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein vom Landesgesetzgeber zu

bestimmender Hundertsatz vom Länderanteil am Gesamtaufkommen der Gemeinschaftssteuern zu (obligatorischer Steuerverbund). Dabei hat der Landesgesetzgeber die Höhe der Beteiligung festzulegen – die sogenannte Verbundquote. Diese ist in den Ländern je nach Aufgabenverteilungen zwischen Land und Kommunen unterschiedlich hoch. Zudem kann der Landesgesetzgeber bestimmen, ob und in welcher Höhe – neben dem grundgesetzlich vorgeschriebenen obligatorischen Steuerverbund – den Kommunen Anteile vom Aufkommen der Landessteuern in die FAG-Masse einfließen (fakultativer Steuerverbund). Auch hierbei besteht in den Ländern keine einheitliche Praxis.

Für die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse (die **vertikale Komponente**) gibt es zwei grundlegende Systematiken: das Verbundquotenverfahren und das bedarfsorientierte Verfahren. Beim **Verbundquotenverfahren** wird den Kommunen jährlich ein fester Prozentsatz an den Verbundgrundlagen gewährt. Der **bedarfsorientierte Ansatz setzt hingegen systematisch an den Aufgaben der Kommunen an**. Zentraler Maßstab für die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse ist hier der konkrete Finanzbedarf der kommunalen Ebene. Die Verbundquote wird hierbei implizit festgelegt. In der Praxis existieren auch Mischformen aus Steuerverbund und bedarfsorientiertem Ansatz. Zusätzlich gibt es auch für bestimmte Zeiträume festgelegte Festbetragsmodelle.

Die Verteilung der Finanzausgleichsmasse auf die einzelnen Kommunen, die **horizontale Komponente** des FAG, erfolgt vor allem über **Schlüsselzuweisungen** (allgemeine Deckungsmittel ohne Zweckbindung). Hierfür werden für jede Kommune ihre Finanzkraft und ihre Finanzbedarf gegenübergestellt. Die Ermittlung des Finanzbedarfs der einzelnen Kommune stellt eines der schwierigsten Probleme des kommunalen Finanzausgleichs dar. Eine exakte Bedarfsermittlung würde es erforderlich machen, die Aufgaben einer jeden Gemeinde zu definieren und die mit der Erfüllung dieser Aufgaben verbundenen Kosten genau zu ermitteln. Dazu müsste es einheitliche Vorstellungen über Ausstattungsstandards geben, die politisch festzulegen

wären. Eine solche Vorgehensweise bei der Bedarfsermittlung würde dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung jedoch zuwiderlaufen. Den unterschiedlichen örtlichen Verhältnissen und den politischen Entscheidungen vor Ort könnte dabei nicht Rechnung getragen werden. Deshalb wird der Finanzbedarf der einzelnen Gemeinde in allen Ländern durch ein normiertes Verfahren dargestellt. Mit Hilfe von Hauptansatz und Neben- bzw. Ergänzungsansätzen werden wichtige gemeinde- und funktionspezifische finanzielle Anforderungen an die Gemeinden bei der Ermittlung des verteilungsrelevanten Finanzbedarfs in einer normierten Art berücksichtigt. In Summe dieser einzelnen Komponenten ergibt sich der Gesamtansatz, der letztendlich für die Bestimmung der Höhe der Schlüsselzuweisung maßgeblich ist.

Zentrales Element des Gesamtansatzes ist der **Hauptansatz**. Er geht von der Zahl der Einwohner einer Gemeinde - z. T. auch vom Zentralitätsgrad - als wichtigstem Merkmal für ihren jeweiligen Bedarf aus. In den meisten Ländern wird dabei angenommen, dass der Finanzbedarf einer Gemeinde überproportional zu ihrer Einwohnerzahl steigt, weshalb die Einwohner je nach Größenklasse unterschiedlich gewichtet werden. Die Annahme eines progressiv ansteigenden Bedarfs wird im Wesentlichen damit begründet, dass die größeren Gemeinden nicht nur für ihre eigenen Bürger, sondern als Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionen auch für die Bewohner des Umlandes Leistungen anbieten. Andere Länder verfolgen einen Zentrale-Orte-Ansatz und knüpfen eine stärkere Einwohnergewichtung bzw. besondere Zuweisungen an die durch die Landesentwicklungsplanung festgelegte Eigenschaft als zentraler Ort (z.B. Ober-, Mittel- und Unterzentren).

Eine weitere Bedarfsdifferenzierung erfolgt über die sog. **Ergänzungsansätze**, die mehrheitlich zu einer zusätzlichen Veredelung der Einwohnerzahlen führen. Diese Ergänzungsansätze sollen bestimmte bedarfssteigernde Tatbestände erfassen, die ihren Ursprung in besonderen örtlichen Gegebenheiten haben. Der jeweilige Landesgesetzgeber hat von der Möglichkeit, solche Bedarfsbesonderheiten

über Ergänzungsansätze zu berücksichtigen, sehr unterschiedlich Gebrauch gemacht (z.B. Kurorteansatz, Bevölkerungszuwachs, Flächenansatz, Schüleransatz, Soziallastenansatz, Stationierungsansatz, Straßenansatz, Zentralitätsansatz).

Ergänzend gewähren die Länder ihren Gemeinden **zusätzliche (zweckgebundene) Finanzzuweisungen** aus allgemeinen Deckungsmitteln der Länderhaushalte (geregelt z. T. in den Finanzausgleichsgesetzen, z. T. in sondergesetzlichen Regelungen und z. T. nach Maßgabe des Haushaltes).

Die Länder unterscheiden sich hinsichtlich der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen und der Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich deutlich. Ein Vergleich der von den einzelnen Ländern an ihre Kommunen geleisteten Zuweisungen ist daher nur schwer möglich.

6.4 Entwicklung der Kommunalfinanzen 2013–2022 (ohne Stadtstaaten)

6.4.1 Eckdaten zur Entwicklung der Haushalte der Kommunen 2013–2022

	2013	2014	2015	2016	2017
in Mrd. Euro					
Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹	199,0	206,5	219,1	234,2	245,1
in % zum Vorjahr	4,7	3,8	6,1	6,9	4,6
Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹	197,5	205,3	215,6	229,5	235,7
in % zum Vorjahr	5,4	3,9	5,0	6,5	2,7
Finanzierungssaldo ²	1,5	1,3	3,5	4,7	9,4
Investive Schulden ³	82,0	82,5	82,9	84,7	84,2
Kassenkredite ⁴	48,6	49,7	49,7	49,7	46,3

	2018	2019	2020	2021	2022*
in Mrd. Euro					
Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹	255,1	264,8	278,3	290,1	306,6
in % zum Vorjahr	4,1	3,8	5,1	4,2	5,7
Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹	246,2	260,7	275,7	286,7	304,4
in % zum Vorjahr	4,4	5,9	5,7	4,0	6,2
Finanzierungssaldo ²	8,9	4,1	2,7	3,4	2,2
Investive Schulden ³	86,0	85,8	89,1	90,4	97,0
Kassenkredite ⁴	39,5	35,4	33,7	32,0	30,8

Quelle: Statistisches Bundesamt: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenergebnisse; Schulden der öffentlichen Haushalte

1 Ausgaben/Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen und ohne besondere Finanzierungsvorgänge. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich waren und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden.

2 Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen (ohne Berücksichtigung des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen)

3 Investive Verschuldung beim nicht-öffentl. Bereich und beim öffentl. Bereich, Stand jeweils am 31.12. des Jahres

4 Kassenkredite beim nicht-öffentl. Bereich und beim öffentl. Bereich; sie dienen zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen; Stand jeweils am 31.12. des Jahres.

* Die Ergebnisse der Kassenstatistik vermitteln noch keinen endgültigen Überblick über die Entwicklung der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Periodengerechte Zuordnungen sind erst in der Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände enthalten. Insofern sind Vorjahresvergleiche des Jahres 2022 vorläufig und somit eingeschränkt aussagekräftig. Nach Aussage des Statistischen Bundesamtes ist die Qualität der Kassenergebnisse durch die Einführung der doppelten Buchführung auf kommunaler Ebene in einzelnen Ländern weiterhin beeinflusst.

6.4.2 Steuereinnahmen (insgesamt) der Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Steuereinnahmen in Mrd. Euro	76,9	79,6	84,8	89,7	95,9	101,1	104,4	98,4	113,4	121,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	3,5	6,6	5,8	6,9	5,4	3,2	-5,7	15,2	7,1
Anteil an den bereinigten Einnahmen des Verwaltungshaushalts in %	41,8	41,6	41,7	41,1	41,9	42,5	42,3	38,2	42,3	42,6
nachrichtlich:										
Anteil an den gesamten Steuereinnahmen in %										
Bund	41,9	42,1	41,8	40,9	42,1	41,5	41,2	38,3	37,5	37,6
Länder	39,4	39,5	39,8	40,9	40,6	40,5	40,6	42,8	42,6	42,9
Gemeinden	13,6	13,6	13,8	14,0	14,3	14,3	14,4	14,5	15,1	15,1
EU	5,0	4,8	4,6	4,1	3,0	3,7	3,9	4,4	4,8	4,3

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.3 Gewerbesteuer¹ und Grundsteuern der Kommunen, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Aufkommen in Mrd. Euro										
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	28,5	30,3	32,5	33,4	36,3	37,8	39,8	38,1	40,1	41,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3,6	3,7	4,3	4,4	5,5	6,8	7,6	8,3	8,2	7,5
Gewerbesteuer netto ¹	32,6	33,1	34,9	38,2	40,1	42,2	42,6	37,6	50,6	57,7
Gewerbesteuerumlage	6,8	6,7	7,0	7,5	8,1	8,5	7,8	3,8	4,8	5,8
Grundsteuern	11,0	11,3	11,8	12,2	12,5	12,7	12,9	13,2	13,4	13,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	6,1	6,3	7,1	3,0	8,5	4,3	5,1	-4,3	5,3	2,4
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2,0	1,5	16,9	2,3	25,5	23,0	11,4	9,4	-0,5	-9,3
Gewerbesteuer netto ¹	1,0	1,3	5,5	9,6	4,9	5,2	0,9	-11,6	34,5	14,0
Gewerbesteuerumlage	1,2	-1,5	5,0	6,3	8,7	5,3	-9,1	-51,5	26,4	21,6
Grundsteuern	3,6	2,8	4,5	3,2	2,3	1,8	1,8	1,7	2,2	2,1
Anteil an den Steuereinnahmen (netto) in %										
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	37,1	38,1	38,3	37,3	37,8	37,4	38,1	38,7	35,3	33,8
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	4,7	4,6	5,1	4,9	5,7	6,7	7,2	8,4	7,3	6,1
Gewerbesteuer netto ¹	42,4	41,6	41,1	42,6	41,8	41,7	40,8	38,2	44,6	47,5
Grundsteuern	14,3	14,2	13,9	13,6	13,0	12,6	12,4	13,4	11,9	11,3

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

1 Gewerbesteuer abzüglich Gewerbesteuerumlage

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.4 Zuweisungen der Länder an die Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Einnahmen in Mrd. Euro										
Zuweisungen insgesamt	72,1	76,1	82,3	90,5	94,0	98,1	103,4	124,9	119,6	126,4
davon: Laufende Zuweisungen	64,9	68,8	74,9	83,6	86,7	89,8	94,1	113,9	108,1	114,3
Investitionszuweisungen	7,2	7,3	7,4	7,0	7,4	8,3	9,3	11,0	11,5	12,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
Zuweisungen insgesamt	7,8	5,5	8,1	10,0	3,8	4,3	5,4	20,8	-4,3	5,7
davon: Laufende Zuweisungen	8,2	5,9	8,8	11,7	3,7	3,6	4,8	21,0	-5,1	5,8
Investitionszuweisungen	3,7	1,8	1,5	-6,3	5,8	12,4	12,3	18,7	4,4	4,8
Anteil an den bereinigten Einnahmen des Verwaltungs-/Vermögenshaushalts in %										
Zuweisungen insgesamt	36,2	36,8	37,6	38,7	38,4	38,5	39,0	44,9	41,2	41,2
davon: Laufende Zuweisungen	35,3	36,0	36,9	38,3	37,9	37,7	38,2	44,2	40,3	40,1
Investitionszuweisungen	47,6	47,5	46,5	43,6	44,9	48,4	50,8	53,8	52,8	56,4

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.5 Einnahmen der Kommunen aus Gebühren und Beiträgen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Gebühren in Mrd. Euro										
Gebühren in Mrd. Euro	17,0	17,3	17,9	18,7	19,2	19,7	20,1	19,0	19,5	21,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,1	1,9	3,1	4,8	2,4	2,5	2,1	-5,5	3,0	4,1
Anteil an den bereinigten Einnahmen des Verwaltungshaushalts in %	9,3	9,1	8,8	8,6	8,4	8,3	8,1	7,4	7,3	7,6
Beiträge in Mrd. Euro										
Beiträge in Mrd. Euro	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6	1,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,6	2,7	6,3	0,1	-2,4	0,0	2,5	2,1	4,5	-16,2
Anteil an den bereinigten Einnahmen des Vermögenshaushalts in %	9,3	9,3	9,6	9,6	9,1	8,7	8,4	7,6	7,5	6,4

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.6 Personalausgaben der Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Personalausgaben in Mrd. Euro										
Personalausgaben in Mrd. Euro	50,3	52,4	54,1	56,8	59,4	62,2	65,9	69,0	71,9	75,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,3	4,2	3,3	5,0	4,6	4,8	5,9	4,8	4,2	4,7
Anteil an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in %	29,4	29,5	28,9	28,5	28,9	29,4	29,7	29,7	29,6	29,4

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.7 Laufender Sachaufwand der Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Laufender Sachaufwand in Mrd. Euro	42,3	44,2	46,1	48,9	50,1	51,6	54,6	55,5	59,1	63,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,6	4,5	4,3	6,0	2,4	3,1	5,7	1,7	6,6	6,5
Anteil an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in %	24,7	24,9	24,6	24,5	24,3	24,4	24,6	23,9	24,3	24,6

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.8 Zinsausgaben der Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Zinsausgaben in Mrd. Euro	3,7	3,5	3,2	3,0	2,8	2,5	2,3	2,1	1,9	1,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,4	-7,0	-7,0	-6,0	-9,1	-9,8	-6,1	-11,6	-9,8	-5,7
Anteil an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in %	2,2	2,0	1,7	1,5	1,3	1,2	1,1	0,9	0,8	0,7

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.9 Ausgaben der Kommunen für Sachinvestitionen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Sachinvestitionen¹ in Mrd. Euro	20,8	22,1	22,0	23,7	24,3	27,4	31,6	35,4	34,8	37,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,5	6,0	-0,4	7,9	2,7	12,7	15,0	12,1	-1,5	6,9
Anteil an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in %	10,5	10,8	10,2	10,3	10,3	11,1	12,1	12,8	12,2	12,2
Anteil an den öffentlichen Sachinvestitionen insgesamt in %	59,3	60,3	60,4	60,2	59,2	60,6	61,6	63,6	69,9	70,1
davon: Baumaßnahmen in Mrd. Euro	16,0	16,9	16,2	17,6	18,3	20,8	24,1	26,7	26,5	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,5	5,3	-4,0	8,4	3,9	14,0	15,9	10,6	-0,7	7,5
Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben in %	8,1	8,2	7,5	7,7	7,7	8,5	9,2	9,7	9,2	9,3
Anteil an den öffentlichen Baumaßnahmen insgesamt in %	59,7	59,9	59,9	60,1	59,4	61,1	63,3	65,7	73,2	73,1

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

¹ Sachinvestitionsausgaben: Erwerb von Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens und Baumaßnahmen

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.10 Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen (Bruttoausgaben)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Bruttoausgaben für soziale Leistungen ² in Mrd. Euro	47,2	49,2	53,4	59,2	59,3	59,4	60,7	62,3	64,2	67,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,6	4,2	8,6	10,7	0,3	0,2	2,2	2,7	3,0	5,5
Anteil an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts in %	27,6	27,7	28,5	29,7	28,8	28,0	27,4	26,8	26,4	26,4

Quelle: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, 2022 Kassenstatistik

* siehe Fußnote bei Tabelle 6.4.1

6.4.11 Verschuldung der Kommunen

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Gesamtverschuldung										
in Mrd. Euro	130,6	132,2	132,6	134,3	130,5	125,5	121,2	122,7	122,4	127,8
in Euro je Einwohner	1.747	1.762	1.755	1.760	1.704	1.636	1.576	1.596	1.590	1.642
Investive Schulden¹										
in Mrd. Euro	82,0	82,5	82,9	84,7	84,2	86,0	85,8	89,1	90,4	97,0
in Euro je Einwohner	1.097	1.099	1.098	1.109	1.100	1.121	1.115	1.158	1.175	1.246
Kassenkredite²										
in Mrd. Euro	48,6	49,7	49,7	49,7	46,3	39,5	35,4	33,7	32,0	30,8
in Euro je Einwohner	650	663	657	651	604	515	461	438	415	396
Anteil an der Gesamtverschuldung in %										
Investive Schulden	62,8	62,4	62,5	63,0	64,6	68,5	70,8	72,6	73,9	75,9
Kassenkredite	37,2	37,6	37,5	37,0	35,4	31,5	29,2	27,4	26,1	24,1

Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

1 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich (ohne Kassenkredite), Stand jeweils am 31.12. des Jahres

2 Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich und beim öffentlichen Bereich; sie dienen zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen; Stand jeweils am 31.12. des Jahres

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat L B 3 (Öffentlichkeitsarbeit &
Bürgerdialog)
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Referat V A 1

Stand

Oktober 2023

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.bundesfinanzministerium.de/datensammlungen

✂ @bmf_bund

📷 @bundesfinanzministerium

in Bundesministerium der Finanzen

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben
und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Nicht zulässig ist die Verteilung auf Wahlveranstaltungen
und an Informationsständen der Parteien sowie das
Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben von Informationen
oder Werbemitteln.

